

EU-Skepsis in den baltischen Staaten: Viel Lärm um nichts?

ALDIS AUSTERS

September 2017

- In den baltischen Staaten geht die öffentliche Wahrnehmung von Europa, also EU-Begeisterung und EU-Skepsis, über die Haltungen zur europäischen Integration und Europäischen Union hinaus. Sie deckt ein deutlich breiteres Themenfeld ab und die EU ist gleichbedeutend mit „dem Westen“ und all seinen regionalen staatlichen und nicht staatlichen Organen.
- Trotz der relativ geringen Befürwortung der EU-Mitgliedschaft kann man in keinem der drei baltischen Staaten heute von einer ungezügelter EU-Skepsis sprechen. Die EU-Skepsis manifestiert sich eher sporadisch, basiert in der Regel auf spezifischen Problemen, ist charakteristisch für bestimmte Persönlichkeiten und nicht systematisch oder institutionell.
- Estland ist am konsequentesten proeuropäisch. In Litauen gibt es sehr viele EU-Pragmatiker, während Lettland die höchste Zahl radikaler EU-Skeptiker aufweist, bei denen es sich um Menschen handelt, die die EU-Mitgliedschaft ablehnen und glauben, dass die EU etwas Schlechtes sei. Die öffentliche Meinung der Letten zur EU-Mitgliedschaft scheint eine Reaktion auf die wachsenden geopolitischen Spannungen zwischen Russland und dem Westen zu sein. Dagegen scheinen die Litauer und Esten ihr Augenmerk stärker auf die konjunkturellen Wechsel und die Entwicklungen auf EU-Ebene zu richten.
- Trotz marginal vorhandener EU-skeptischer Parteien äußert sich die radikale EU-Skepsis in den baltischen Staaten vorwiegend auf der Ebene sozialer Bewegungen. Gleichzeitig setzen sich allerdings nur sehr wenige etablierte politische Parteien konsequent für die EU ein.
- Die EU-Skepsis äußert sich in den baltischen Staaten weniger durch eine radikale Ablehnung der EU, sondern durch eine kritische Bewertung ihrer negativen Begleiterscheinungen. Darüber hinaus ist ein Großteil der EU-Skepsis in Lettland, Estland und Litauen vor allem darin begründet, dass die Menschen von den nationalen politischen Institutionen enttäuscht sind, und hat weniger mit den EU-Institutionen in Brüssel zu tun.

Inhalt

Einleitung	3
Lettland	5
Menschen	5
Entwicklungen und Probleme	8
Parteien	9
Wirtschaftliche Akteure	11
Estland	12
Menschen	12
Entwicklungen und Probleme	13
Parteien	14
Wirtschaftliche Akteure	15
Litauen	17
Menschen	17
Entwicklungen und Probleme	18
Parteien	19
Wirtschaftliche Akteure	20
Übersicht	21
Anhang	23

Einleitung

Im Jahr 2003 wurde in den drei baltischen Staaten ein Referendum über die Bedingungen des EU-Beitritts abgehalten. Die Ergebnisse waren in allen drei Staaten positiv und der Beitritt wurde von einer überwältigenden Mehrheit unterstützt. Die Ergebnisse legten jedoch signifikante Unterschiede offen. In Lettland wurde die EU-Mitgliedschaft von 67,5 Prozent der Referendum-Teilnehmer befürwortet, in Estland fiel die Unterstützung mit 66,8 Prozent sogar noch etwas geringer aus (der zweitniedrigste Wert nach Malta mit 53,6 Prozent). In Litauen hingegen stimmten beeindruckende 91,1 Prozent für den Beitritt (das zweitbeste Ergebnis nach der Slowakei mit 93,7 Prozent).

Unter Berücksichtigung ihrer wechselvollen Vergangenheit, ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit und der konfliktreichen Geschichte ihrer Nationalstaatlichkeit hätte man davon ausgehen müssen, dass die drei baltischen Staaten sich unter allen EU-Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa den größten Nutzen von einer EU-Mitgliedschaft versprechen und ebenso wie Litauen und die Slowakei die europäische Integration enthusiastisch herbeiwünschen. Woher rührte solch ein Unterschied zwischen den scheinbar so ähnlichen baltischen Staaten? Wie kann man die relativ geringe Unterstützung der EU-Mitgliedschaft in Lettland und Estland erklären? Ist dies Anzeichen einer ausgeprägteren EU-Skepsis in den beiden Ländern? Wie beständig waren diese Haltungen? Wer sind die wesentlichen Verfechter EU-skeptischer Ansichten?

14 Jahre später, im Februar 2017, stimmten im Rahmen einer Umfrage 27 Prozent der lettischen Befragten der Aussage zu, dass ihr Land eine bessere Zukunft außerhalb der EU erwartet hätte, während in Litauen 22 Prozent und in Estland 19 Prozent dieser Aussage zustimmten.¹ Im Vergleich zum Anteil der Gegenstimmen im EU-Beitrittsreferendum in diesen Ländern (32,5 Prozent in Lettland, 9,1 Prozent in Litauen und 33,5 Prozent

in Estland) war die Ablehnung der EU-Mitgliedschaft in Lettland und Estland weniger stark, während sie in Litauen erheblich zugenommen hatte. Kompliziert wird die Lage in allen drei Ländern – insbesondere in Litauen, was im Widerspruch zur hohen Wertschätzung, die der EU in diesem Land entgegengebracht wird, zu stehen scheint – dadurch, dass inzwischen zwar ein deutlicher Widerstand gegen den Euro zu beobachten ist, aber nur wenige das Prinzip des freien Personenverkehrs innerhalb der EU ablehnen. Darüber hinaus neigen die Menschen in den drei baltischen Staaten, aber insbesondere in Litauen, dazu, den inländischen Institutionen stärker zu misstrauen als den EU-Institutionen. So hatten im Mai 2017 beispielsweise 59 Prozent der Litauer eine negative Einstellung zur nationalen Regierung, während nur 21,5 Prozent angaben, der EU nicht zu vertrauen.

Dennoch gibt es trotz des relativ geringen gesellschaftlichen Verlangens nach europäischer Integration erstaunlich wenige populäre EU-skeptische politische Parteien und Bewegungen in den drei baltischen Staaten. Wie lässt sich diese geringe Institutionalisierung der EU-Skepsis erklären? Lassen sich diese scheinbar widersprüchlichen Beobachtungen in einer Schematik vereinen, die die Dynamik der EU-Skepsis in den baltischen Staaten veranschaulicht? Ist möglicherweise der gesamte methodische Ansatz fehlerhaft? Kann die Entwicklung in diesen Ländern eventuell nicht einheitlich mit dem Begriff „EU-Skepsis“ beschrieben werden?

Bevor näher auf die Situation in den drei baltischen Staaten eingegangen wird, sollten drei Aspekte Beachtung finden. Erstens der soziologische Aspekt der EU-Skepsis: Die Befürwortung der EU-Mitgliedschaft deutet nicht automatisch auf ein positives Image der EU hin und umgekehrt. Vergleicht man die Antworten von Menschen, die ihre Haltung gegenüber der EU-Mitgliedschaft einerseits und ihre Wahrnehmung der EU andererseits zum Ausdruck bringen, lassen sich vier Kategorien unterscheiden: EU-Optimisten (befürworten eine Mitgliedschaft und mögen die EU), moderate EU-Skeptiker oder EU-Pragmatiker (befürworten eine Mitgliedschaft, obwohl sie die EU nicht mögen), entfremdete Menschen (lehnen

1. Eurobarometer Interactive, „Support for Key European Policies: (OUR COUNTRY) could better face the future outside the EU“, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/25/groupKy/294>

eine Mitgliedschaft ab, aber mögen die EU) und radikale EU-Skeptiker (lehnen eine Mitgliedschaft ab und mögen die EU nicht).

Zweitens die Übertragung EU-skeptischer Ideen auf politische Programme: Studien zu Ländern in Mittel- und Osteuropa zeigen, dass EU-Skepsis nicht automatisch politisches Handeln nach sich zieht und parallel zu geringer Unterstützung EU-skeptischer Parteien verbreitet sein kann. Damit EU-Skepsis Teil einer politischen Ideologie wird, muss sie in vier Dimensionen wirken: Es erfordert (1) signifikante öffentliche Unterstützung, (2) das Vorhandensein EU-skeptischer politischer Parteien, (3) die Relevanz EU-kritischer Themen aus Sicht der Wähler, das heißt, die Menschen müssen bereit sein, EU-skeptische Parteien zu wählen, und (4) die Bedeutung EU-kritischer Themen für den Wettbewerb unter politischen Parteien.²

Drittens die Datenerfassung zu Haltungen von Menschen: Jede Meinungsumfrage bringt andere Ergebnisse hervor, je nachdem, wie sie strukturiert ist, das heißt wie differenziert die möglichen Antworten sind (zum Beispiel drei, vier oder fünf Antwortmöglichkeiten) und wer befragt wird. Aus diesem Grund ist es sinnvoller, über die in Umfragen ermittelten Tendenzen zu sprechen statt über prozentuale Anteile von zum Beispiel EU-Optimisten und EU-Pessimisten.³

2. Paul Taggart und Aleks Szczerbiak, „The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States“, *SEI Working Paper No. 51, Opposing Europe Research Network Working Paper*, No. 6 (2002), 33

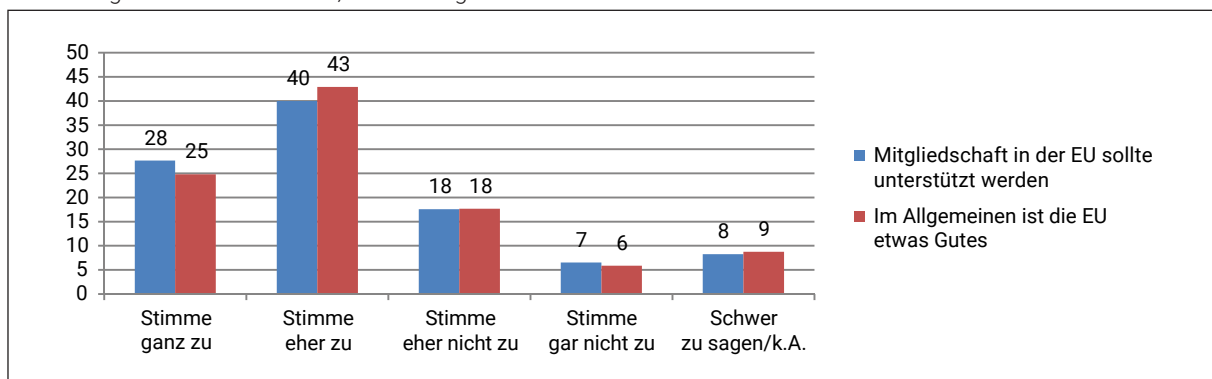
3. Das Eurobarometer liefert naturgemäß die vertrauenswürdigsten Daten für den Vergleich von EU-Mitgliedstaaten; dennoch gibt es zwei wesentliche Probleme in Verbindung mit Eurobarometer-Umfragen. Erstens geben die Eurobarometer-Ergebnisse ausschließlich die Haltung der Bürger von Mitgliedstaaten wieder, was im Fall von Lettland und Estland problematisch ist, da in diesen Ländern viele Bürger der ehemaligen UdSSR leben, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht für eine lettische oder estnische Staatsbürgerschaft entschieden haben. Diese Menschen gelten als „Nicht-Bürger“, und aufgrund ihrer großen Zahl hat ihre Meinung einen wesentlichen Einfluss auf den landesweiten Durchschnitt. Zweitens wurde 2012 die Art der Eurobarometer-Befragung von Europäern bezüglich ihrer Einstellung zur EU-Mitgliedschaft geändert. Seither werden die Menschen nicht mehr nach ihrer Meinung bezüglich der Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befragt, sondern danach, ob ihr Land außerhalb der EU besser auf künftige Herausforderungen vorbereitet wäre. Dadurch sind die neuen Ergebnisse mit den früheren nur noch bedingt vergleichbar

Lettland

Die Ergebnisse der SKDS-Meinungsumfrage von Mai 2017 (siehe Tabelle LV.1) zeigen, dass zu dieser Zeit 68 Prozent der Befragten die Mitgliedschaft Lettlands in der EU befürworteten, während 25 Prozent sie ablehnten. Gleichzeitig waren 68 Prozent der Befragten ohne Einschränkung oder tendenziell der Meinung, dass die EU etwas Gutes sei, während 24 Prozent dies verneinten. Verglichen mit Esten und Litauern befürworteten Letten die EU weniger stark. Diese Tendenz wird durch weitere Meinungsumfragen, unabhängig von ihrer Gestaltung, bestätigt.

Abbildung LV.1.

Einstellungen zur EU in Lettland, Prozentangaben



Quelle: SKDS-Meinungsumfrage vom Mai 2017.

Betrachtet man die Entwicklung der letzten 13 Jahre, so fällt auf, dass nach einer Phase erheblicher Schwankungen die Zahl der Befürworter 2011 zunahm (siehe Tabelle LV.2). Gleichzeitig blieb der Anteil jener mit neutralen Ansichten oder ohne Meinung bemerkenswert stabil (jeweils rund oder knapp über 40 Prozent und unter 10 Prozent).

Tatsächlich belegen die seit 2004 und insbesondere seit 2011 beobachteten Entwicklungen die Auswirkung wichtiger inländischer und internationaler Ereignisse auf die öffentliche Meinung. Im Jahr 2004 könnte die positive Haltung gegenüber der EU der allgemeinen Euphorie angesichts des Beitritts geschuldet gewesen sein. Der Kaukasuskrieg im August 2008 stärkte ebenfalls die Seite der Befürworter, obwohl dieser Effekt kurzlebig war und angesichts der drohenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ende 2008 schnell verblasste. Die Attraktivität der EU nahm jedoch ab 2012 erneut kontinuierlich zu. Auslöser hierfür war

die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen nach der Krise von 2009 bis 2010, 2014 wirkte sich auch Lettlands Beitritt zur Eurozone und 2015 Lettlands EU-Ratspräsidentschaft positiv aus. Auch Russlands Aggressivität gegenüber der Ukraine (ab 2014) verstärkte indirekt die positive Haltung der Menschen gegenüber der EU, da diese als Schutz vor einer Ausweitung dieses Konflikts auf das Baltikum wahrgenommen wurde. Die größte Unterstützung der EU-Mitgliedschaft (42 Prozent) wurde im März 2015 während der lettischen EU-Ratspräsidentschaft erreicht. Seitdem hat sie wieder leicht abgenommen, höchstwahrscheinlich auf-

grund anhaltender Probleme der EU (zum Beispiel Griechenland-Rettung, Flüchtlingskrise und Brexit).

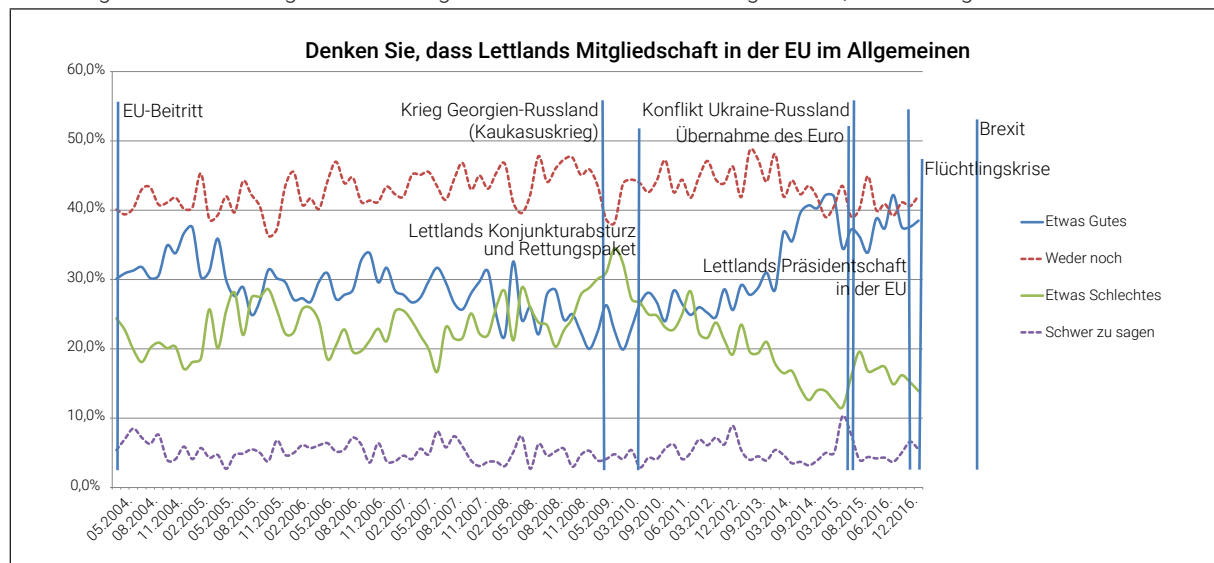
Menschen

Die SKDS-Meinungsumfragen liefern detaillierte Daten zu den soziodemografischen Profilen der Befragten. Ein kombinierter Datensatz aus drei aufeinanderfolgenden SKDS-Meinungsumfragen (Dezember 2016, Januar 2017 und April 2017) offenbart diesbezüglich Folgendes (siehe Tabelle A.2 im Anhang):

- Einfluss des Geschlechts:** Männer tendieren bei der Bewertung der EU-Mitgliedschaft eher zur Polarisierung als Frauen (41 Prozent der Männer sehen darin etwas Gutes, während 16 Prozent sie für etwas Schlechtes halten; bei Frauen liegen die entsprechenden Anteile bei 37 Prozent und 14 Prozent).

Abbildung LV.2.

Änderungen der Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft in Lettland im Längsschnitt, Prozentangaben

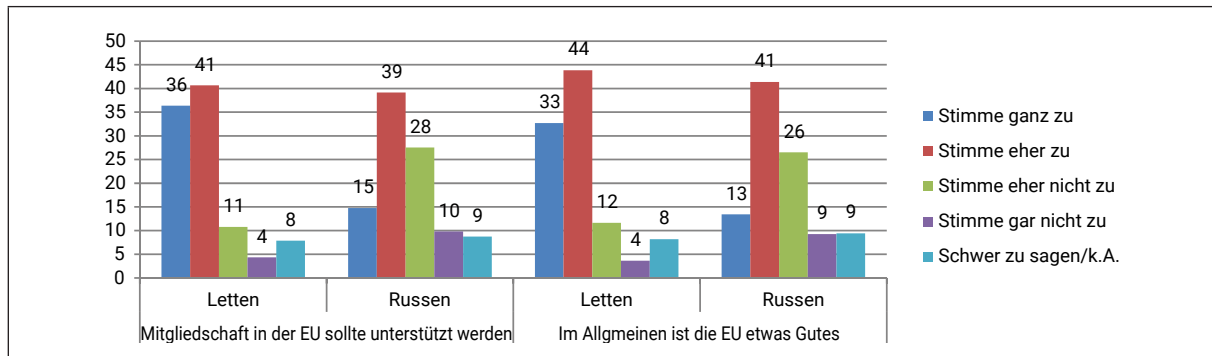


Quelle: Daten aus SKDS-Meinungsumfragen von 2004 bis 2017.

- 2) **Einfluss des Alters:** Je älter die Person, desto skeptischer ist sie in Bezug auf die Vorteile der EU-Mitgliedschaft; nur 10 Prozent der jüngeren Menschen (15 bis 24 Jahre) halten die Mitgliedschaft für etwas Schlechtes, während in der ältesten Befragtengruppe (65 bis 74 Jahre) fast doppelt so viele (19 Prozent) eine skeptische Ansicht vertreten.
- 3) **Einfluss der Ethnizität:** Es gibt einen erheblichen Unterschied zwischen den beiden größten ethnischen Gruppen in Lettland: Letten sind deutlich weniger skeptisch bezüglich der EU-Mitgliedschaft (11 Prozent) als lettische Russen (21 Prozent), während Menschen anderer Ethnien mäßigere Haltungen einnehmen.
- 4) **Einfluss des Bildungsstands:** Es ist ein klarer Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand und EU-Skepsis zu erkennen: Menschen mit höherem Bildungsniveau sind weniger skeptisch (11 Prozent), während Menschen mit niedrigerem Bildungsstand deutlich skeptischer sind (18 Prozent).
- 5) **Einfluss der Erwerbstätigkeit:** Erwerbslose Menschen in Lettland tendieren etwas stärker zur Skepsis (16 Prozent) als erwerbstätige Menschen (14 Prozent). Unter den Erwerbstätigen sind Menschen, die im öffentlichen Sektor arbeiten, optimistischer (41 Prozent) und weniger skeptisch (9 Prozent) in Bezug auf die EU als jene im privaten Sektor (entsprechend 40 Prozent und 16 Prozent). Gleichzeitig spielt die berufliche Position bzw. der Erwerbsstatus eine Rolle. Manager tendieren zu weniger Pessimismus als Arbeiter (entsprechend 11 versus 17 Prozent), während selbstständige Menschen eine eher gemäßigte Haltung einnehmen.
- 6) **Einfluss des Einkommens:** Es scheint einen starken Zusammenhang zwischen der Höhe des Einkommens und dem Grad der Skepsis zu geben: Je höher das Einkommen, desto positiver die Haltung gegenüber der EU-Mitgliedschaft. In der niedrigsten Einkommensgruppe beträgt der Anteil der EU-Gegner 20 Prozent, während in der höchsten Einkommensgruppe nur 13 Prozent unzufrieden mit der EU-Mitgliedschaft sind.
- 7) **Einfluss des Familienstands:** Familien mit Kindern tendieren zu weniger Skepsis gegenüber der EU als Familien ohne Kinder (jeweils entsprechend 13 und 16 Prozent der negativen Antworten). Interessanterweise und leicht im Widerspruch zum Einfluss des Einkommens zeigt sich: Je größer die Familie, desto positiver und weniger skeptisch ist ein Haushalt gegenüber der EU eingestellt. Von den Einpersonenhaushalten sehen 18 Prozent in der EU-

Abbildung LV.3.

Unterschiede bezüglich der Meinung zu EU-Problemen zwischen der lettischen und der russischen Gemeinschaft in Lettland, Prozentangaben



Quelle: SKDS-Meinungsumfrage vom Mai 2017.

Mitgliedschaft etwas Schlechtes. Unter den Haushalten mit vier oder mehr Mitgliedern teilen nur 11 Prozent die Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft etwas Schlechtes sei.

- 8) **Einfluss des Wohnorts:** Die Befürwortung der EU ist bei Menschen, die in der Hauptstadt Riga leben, am höchsten (43 Prozent), auch der Anteil derjenigen, die zu Skepsis tendieren, ist in der Hauptstadt höher als anderswo (15 Prozent). Menschen in Städten und größeren Ortschaften (17 Prozent) sind deutlich skeptischer als jene im ländlichen Raum (12 Prozent). Dies hat damit zu tun, dass die Angehörigen der russischsprachigen Minderheit, deren Skepsis grundsätzlich größer ist, vor allem in Städten leben. Bei der Betrachtung der einzelnen Regionen zeigt sich die größte Skepsis in Kurzeme (18 Prozent) und Latgale (17 Prozent). Kurzeme ist eine Hochburg des konservativen Nationalismus, während Latgale eine hohe Population russischsprachiger Menschen aufweist, wodurch die öffentliche Haltung jeweils skeptischer ausfällt. Zudem ist die Arbeitslosenrate in Latgale am höchsten, gefolgt von Kurzeme.

In Lettland neigen Menschen mit einer positiven Haltung gegenüber der EU außerdem dazu, negative Konsequenzen oder Nebeneffekte der Mitgliedschaft zu leugnen oder ignorieren, während jene mit einer negativen Haltung gegenüber der EU gerne auf die negativen Aspekte der Mitgliedschaft aufmerksam machen. EU-Optimisten beherrschen in Lettland das Meinungsbild (72 Prozent jener, die eine feste Meinung vertreten; siehe Tabelle A.4 im Anhang). Die zweitgrößte Gruppe, die radikalen EU-Skeptiker, ist deutlich kleiner (22 Prozent), wenngleich doppelt so groß wie in Estland oder Litauen. Interessanterweise zeigt eine Untersuchung über die Verbreitung ausgewählter mit der EU verknüpfter Stereotype, dass von den EU-Optimisten viele mit den Folgen der EU-Mitgliedschaft (bezüglich bestimmter Aspekte) sehr unzufrieden sind. In Lettland glaubt eine überwältigende Mehrheit der EU-Optimisten, dass nur eine Minderheit von der EU-Mitgliedschaft profitiert und die Verwaltung der EU der örtlichen Bevölkerung nur wenig Beachtung schenkt.⁴

Die verhältnismäßig stark ausgeprägte Neigung der Letten zur EU-Skepsis hängt damit zusammen, dass es in Lettland eine bedeutende russischsprachige Minderheit gibt (37,2 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahr 2011; siehe Tabelle A.1 im Anhang).⁵ Die gute Nachricht ist, dass ein Großteil der russischsprachigen Bevölkerung die EU befürwortet und dass sich ihre Haltung seit 2011 erheblich verbessert hat. In dieser Community ist jedoch immer noch eine deutliche negative Einstellung gegenüber der EU zu beobachten. Diese Ablehnung lässt sich nicht so sehr mit den unerfüllten Erwartungen an die EU, sondern vielmehr

4. Aldis Austers und Jurijs Nikišins, „The Sociology of Euroscepticism in the Baltic States: Uncovering the Diverse Expression of Euroscepticism“, in *Euroscepticism in the Baltic States: Uncovering Issues, People and Stereotypes*, ed. Aldis Austers und Kārlis Bukovskis (Latvian Institute of International Affairs/ Friedrich Ebert Stiftung, forthcoming)

5. Ethnische Russen bilden innerhalb dieser Minderheit die Mehrheit; zu ihr zählen jedoch auch viele weitere Ethnien, wie Weißrussen, Ukrainer, Moldauer, Armenier und Juden. Russisch ist ihre Lingua franca, wie schon während der Sowjetzeit, als Russisch in weiten Teilen Lettlands für die offizielle und zwischenmenschliche Kommunikation genutzt wurde. Die meisten Angehörigen der russischsprachigen Minderheit sind „Nicht-Bürger“

mit der Unzufriedenheit mit dem eigenen Status im Land, mangelnder Kenntnis der Landessprache und starken ideologischen, kulturellen und sprachlichen Verbindungen zu Russland zu erklären. Aufgrund dieser Unzufriedenheit sind die Angehörigen der russischsprachigen Minderheit sehr anfällig für die Anti-EU-Propaganda des Kreml.

Entwicklungen und Probleme

In Lettland und den anderen baltischen Staaten umfasst die öffentliche Wahrnehmung von Europa deutlich mehr als nur Einstellungen zur europäischen Integration und der Europäischen Union. So wird der „Begriff Europa allgemein als Synonym für den Westen oder konkreter für das Netzwerk der internationalen Strukturen, welche die EU und viele andere staatliche und nicht staatliche Organisationen umfassen, verstanden“.⁶ Demzufolge geht die lettische EU-Skepsis auf die frühen 1990er-Jahre zurück, als die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ihre Tätigkeit in Lettland aufnahm – lange bevor Lettland eingeladen wurde, der EU beizutreten –, und sollte im Kontext der lettischen Beziehungen zur Gesamtheit der europäischen Strukturen analysiert werden.

In den 1990er-Jahren, das heißt in der Anfangsphase des Aufbaus des Nationalstaats, bestand eine wesentliche Aufgabe der politischen Elite Lettlands darin, „die Idee der europäischen Integration mit dem Konzept eines unabhängigen auf die ethnische Identität zentrierten Nationalstaates in Einklang zu bringen“.⁷ Politische Eliten überzeugten die Menschen davon, dass die eigene Nationalität, Demokratisierung und die „Rückkehr zu Europa“ untrennbar miteinander verknüpfte Konzepte seien.⁸

6. Dieses und die nachfolgenden Zitate stammen, falls nicht anders vermerkt, aus Gints Apals, „Euroscepticism in Latvian Politics: Twenty-Five Years of Change“, in *Euroscepticism in the Baltic States*

7. Ilze Ostrovska, „Integrācija ES un politiskās leģitimitātes problēma Latvijas demokrātiskās konsolidācijas kontekstā“, in *Latvijā par Eiropas Savienību: Skats no mazā uz lielo*, ed. Raita Karnīte (LZA EI, 2006), 127

8. Vineta Kleinberga, „Neoliberālisma politika un tās sekas Latvijā no 1990. līdz 2001. gadam“, in *Latvijas integrācijas Eiropas Savienībā – Latvija un lēmumu pieņemšana. Neoliberālisms un sociālais kapitāls*, Latvijas Zinātņu akadēmijas Ekonomikas institūts (2003), 96

9. Marija Golubeva, „Divi modeļi eiroskepticisma pētīšanai Latvijā“, in *Latvijas integrācijas ES: Jaunās Eiropas aprises, tautsaimniecības pielāgošana*, ed. Raita Karnīte (LZA EI, 2003), 46

Die Eliten erklärten den Erhalt der nationalen Identität zum wesentlichen politischen Ziel und betrachteten die europäische Integration als notwendige Lösung des Problems.⁹ Sie betonten unablässig, dass Lettland in der Vergangenheit enge Beziehungen zu Westeuropa gehabt habe und Lettland das Recht habe, seinen alten Status in Europa zurückzugewinnen. Die wichtigsten nationalistischen Parteien und Organisationen haben es jedoch übel genommen, dass die Europäer sich in innere Angelegenheiten eingemischt haben, und die EU-Skepsis während der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre stand vorwiegend mit diesen Nationalisten in Zusammenhang. Die russischsprachige Bevölkerung hatte zu dieser Zeit eine positivere Wahrnehmung der Rolle Europas, da OSZE und Europäischer Rat der Menschenrechtssituation Beachtung schenkten.

Lettlands Beitritt zur EU änderte die Ordnung der Dinge. Die EU-Beitrittsverhandlungen und die Angleichung der Gesetzgebung wurden von den meisten Bürgern weder abgelehnt noch befürwortet, während für moderate nationalistische Kreise „der Beitritt zur EU Lettland einen gleichrangigen Status unter anderen europäischen Nationen und Autonomie in Bezug auf innere Angelegenheiten versprach, was zu den Gegebenheiten während der sowjetischen Besatzung und zu dem besonders asymmetrischen Verhältnis zu den europäischen Strukturen Ende der 1990er-Jahre im Widerspruch stand“. Gleichzeitig war die EU aus Sicht der russischsprachigen EU-Skeptiker „nichts als eine Organisation, die sich gegen Russland wendet und versucht, Russlands Lebensweise, unter anderem durch die unbequeme Anerkennung von Lettland als reife europäische Demokratie, zu ruinieren“.

Die Wirtschaftskrise von 2008 bis 2010 änderte jedoch die Wahrnehmung der EU als Motor ununterbrochenen Wachstums und ständig wachsenden Wohlstands. Trotz des allgemeinen Bekenntnisses der Menschen zur EU nahm die intellektuelle EU-Skepsis seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 in Lettland zu und die kritische Bewertung des Kurses der europäischen Integration fokussierte Themen wie die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Austeritätspolitik, die Übernahme des Euro, Sicherheit und Verteidigung sowie Migration und Multikulturalismus.

Darüber hinaus haben die Bedenken bezüglich der nationalen Sicherheit in Lettland nie nachgelassen; de facto nehmen Sicherheitsbedenken in der lettischen Bevölkerung seit der Krim-Annexion im Jahr 2014 und der Krise in der Ostukraine sogar weiter zu. Obwohl dies zu einer positiveren Wahrnehmung der EU als Hauptquelle der Stabilität führte, kann die lettische Bevölkerung aufgrund der Tatsache, dass die EU im Ernstfall nicht in der Lage wäre, Lettland gegen einen herkömmlichen Militärangriff zu verteidigen, nicht wirklich beruhigt sein, sodass die atlantizistische Ausrichtung weiterhin überwiegen wird. Hervorgehoben werden sollte, dass die vorherrschende lettische Haltung gegenüber Europa nicht auf einer Kalkulation politischer oder wirtschaftlicher Kosten und Vorteile beruht. Das Gefühl der Verletzbarkeit (oder direkten Bedrohung) rührt daher, dass die westlichen Demokratien den baltischen Staaten während des Zweiten Weltkriegs nicht beigestanden haben, und ist auch durch die unabänderliche geografische Nähe zu Russland bedingt.

Die Kombination aus Sicherheitsbedenken wegen des kontinuierlichen Zustroms von Migranten und der Kürzung von EU-Mitteln könnte die Bedeutung der EU jedoch verringern und den proeuropäischen Konsens in Lettland gefährden. Probleme, wie die Diskriminierung lettischer Landwirte aufgrund geringerer finanzieller Unterstützung, die unfaire Behandlung lettischer Unternehmen in den Märkten der reiferen EU-Wirtschaften, der Zusammenbruch lettischer Industriekonzerne und ein tief sitzendes allgemeines Gefühl wirtschaftlicher Unterlegenheit, das häufig mit geringem Vertrauen in die Fähigkeit nationaler Institutionen, nationale Interessen wirksam zu vertreten, verknüpft ist, sorgen gelegentlich für öffentliche Aufmerksamkeit.

Parteien

Institutionelle EU-Skepsis existiert nur an den Rändern des politischen Spektrums. Die meisten EU-skeptischen Töne sind jedoch moderat, da nur wenige unwesentliche Befürworter an der antisystemischen oder radikalen EU-Skepsis in Lettland festhalten.

Radikale EU-Skepsis in Lettland wird nur von wenigen Persönlichkeiten propagiert, von denen nie

jemand ein gewähltes Amt innehatte. Die beachtenswertesten Radikalen sind Juris Paiders, ein Kolumnist der Tageszeitung *Neatkarīgā Avīze* [Unabhängige Zeitung], und Normunds Grostiņš, Vorsitzender der *Rīcības partija* [Aktionspartei]. Letztere wurde kurz vor dem Referendum 2003 gegründet. Anfänglich bildete sie eine Allianz mit der linksradikalen Sozialistischen Partei Lettlands (eine Reinkarnation der früheren Kommunistischen Partei Lettlands). Seit 2011 hat sich die Partei jedoch nach rechts orientiert und ist nun Teil der gesamteuropäischen rechtsextremen Europäischen Allianz für Freiheit (weitere Mitglieder sind die Freiheitliche Partei Österreichs und der französische Front National). Sie steht mit dem „Europa der Nationen und der Freiheit“, einer Fraktion im Europäischen Parlament, in Verbindung.

Die Plattformen politischer Parteien vor der jüngsten Parlamentswahl 2014 lassen keine nachhaltige Kritik an der EU erkennen und die Ergebnisse dieser Wahl deuten auf einen leichten Rückgang der allgemeinen Attraktivität und der Anzahl EU-skeptischer Organisationen. Die einzige politische Kraft, die dazu aufgefordert hatte, den Nutzen der EU-Mitgliedschaft Lettlands zu überdenken, die Partei „Souveränität“, erhielt nur 0,11 Prozent der Stimmen. Anders 2002: Damals kandidierten sechs Parteien und Parteienbündnisse auf offen EU-skeptischen Plattformen und deren Gesamtstimmenzahl betrug 2,6 Prozent. Zudem erlaubten 2002 einige der größeren EU-befürwortenden oder neutralen Parteien EU-skeptischen Personen die Kandidatur. Nach dem Misserfolg bei der Wahl 2014 versuchten sich EU-skeptische Organisationen bei den Kommunalwahlen 2017 neu aufzustellen, allerdings mit geringem Erfolg. Die EU-skeptische Aktionspartei gewann in mehreren Gemeinden einige Stimmen für sich, die jedoch nicht für einen Sitz im jeweiligen Gemeinderat reichten.

Während radikale EU-Skepsis im politischen Milieu Lettlands nur eine untergeordnete Rolle spielt, demonstrieren die Regierungsparteien eine breite Verbundenheit mit den Idealen der europäischen Integration. Besonders proeuropäisch ist die Partei *Vienotība* [Einigkeit], eine Allianz liberaler und moderater konservativer Kräfte, die seit 2003 am deutlichsten für EU-Anliegen eintritt. Allerdings

hatte selbst die Partei Einigkeit einige Probleme mit der EU: Sie hat wiederholt darauf bestanden, die Diskriminierung Lettlands und lettischer Bürger in der EU zu beenden, und damit indirekt zum Ausdruck gebracht, dass Lettland kein gleichberechtigtes EU-Mitglied sei. Die Partei Einigkeit ist Teil der Koalitionsregierung mit den konservativen und nationalistischen Parteien *Zaļo un zemnieku savienība* [Bündnis der Grünen und Bauern] und *Nacionālā apvienība* [Nationale Vereinigung], den beiden rechten Größen. Diese beiden Parteien unterstützen die lettische Mitgliedschaft in der EU und anderen europäischen Organisationen; in Hinblick auf die Integration bevorzugen sie jedoch einen lockeren Zusammenschluss der Nationalstaaten. Ihrer Meinung nach war Lettland zu nachgiebig gegenüber der EU und sollte bei der Lösung landeseigener Probleme mehr Selbstvertrauen und Eigenständigkeit demonstrieren.

Die stärkste oppositionelle Kraft, die sozialdemokratische Partei *Saskaņa* [Harmonie], ist ebenfalls proeuropäisch. Die Geschichte dieser Partei, ihr Fokus auf die russischsprachige Bevölkerung und ihre Nähe zur russischen Regierungspartei, United Russia, legen jedoch nahe, dass ihre wahren Interessen in eine andere Richtung gehen. Gleiches kann über die oppositionelle Partei *No sirds Latvijai* [Von Herzen für Lettland] gesagt werden: Einerseits steht sie hinter Lettlands Mitgliedschaft in der EU, andererseits ist sie gegen die Übernahme „ausländischer Ideologien“ und lehnt den „moralischen Verfall“ der Konsumgesellschaft ab.¹⁰

Obwohl in den Programmen der wichtigsten Parteien keine EU-Skepsis zu finden ist, waren die Äußerungen einzelner Politiker mitunter aggressiv gegenüber westlichen Organisationen. Aivars Lembergs, der Vorsitzende der Partei *Latvijai un Ventspilij* [Für Lettland und Ventspils], die ein Bündnis mit der regierenden Partei „Bündnis der Grünen und Bauern“ eingegangen ist, hat die Stationierung ausländischer NATO-Truppen auf lettischem Boden offen kritisiert. Auch ein beliebter

Politiker der Partei Harmonie, Jānis Ādamsons, hat seinen Unmut über die Stationierung von NATO-Truppen geäußert, da dies einer Besetzung Lettlands gleichkommen könne. Ein weiteres Beispiel ist Edgars Tavors, der Vorsitzende der Grünen Partei Lettlands (einer Zweitorganisation des „Bündnisses der Grünen und Bauern“), der kürzlich den Briten zu ihrem Mut gratuliert hat, sich von dem durch die EU repräsentierten „liberal-globalen Kurs der Zerstörung“ zu verabschieden.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs) stellen eine weitere Gruppe von Politikern dar, deren Ansichten zu europäischen Themen nicht von der Parteizugehörigkeit abhängen oder von Rivalitäten bestimmt werden. Gelegentlich drücken einige MEPs (skeptische) Meinungen zu Themen wie der tieferen europäischen Integration aus, die nicht mit den Erklärungen von Regierungsministern, die derselben Partei angehören, im Einklang stehen. So war zum Beispiel Iveta Grigule (MEP) vor ihrer Entlassung aus dem „Bündnis der Grünen und Bauern“ Mitglied der Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (radikale EU-Skeptiker) und stimmte gegen den Beschluss, die Maßnahmen gegen russische Propaganda zu verstärken. Die zwei gebürtigen russischen MEPs Andrejs Mamikins von der Partei Harmonie und Tatjana Ždanoka von Lettlands Russischer Union sind die wesentlichen EU-relevanten Meinungsbilder für die russischsprachige Zielgruppe in Lettland. Die beiden sind häufig Gäste in russischen Fernsehsendungen, in denen sie Europa „repräsentieren“. Die Kreml-freundlichen Aktivitäten und Beziehungen von Ždanokas wurden von investigativen Journalisten gut dokumentiert. Mamikins tritt außerdem als Online-Meinungsbildner auf und die Nachrichtenquellen, die er empfiehlt, beinhalten nicht nur seine eigenen Interviews mit russischen Medien, sondern auch Seiten, die vom lettischen Geheimdienst als Plattformen zur Verbreitung von Propaganda im Interesse des Kreml eingestuft werden.¹¹

Aktuell kann die Kombination aus schwacher institutioneller EU-Skepsis und wachsender intellektueller Europakritik den Gesamtkonsens in Lettland, dass die EU-Mitgliedschaft für Lettlands Unabhängigkeit und Entwicklung unverzichtbar

10. Programm der Partei *No sirds Latvijai*: <http://nosirdslatvijai.lv/lv/partija/programma>

11. Lettlands Sicherheitspolitik, *Publiskais pārskaits par Drošības politikas darbību 2016. gadā* (April 2017), <http://www.dp.gov.lv/lv/noderigi/gada-parskati>

ist, nicht nachhaltig gefährden. Nichtsdestotrotz könnten EU-skeptische Haltungen die Oberhand gewinnen, falls sich der aktuelle pro-europäische Konsens, basierend auf dem Verständnis, dass Lettland auch in einer immer engeren Union in der Lage wäre, seine Autonomie, Souveränität und Identität zu wahren, nicht aufrechterhalten lässt, weil eine tiefere Integration möglicherweise solche Mitgliedstaaten marginalisiert, die nicht bereit oder in der Lage sind, sich dem „Kerneuropa“ anzuschließen. Leider spiegeln die innenpolitischen Prioritäten und der öffentliche Diskurs nicht zwingend das Programm der EU-Institutionen wider und folglich bleibt eine Lücke zwischen den Erwartungen der Wählerschaft und tatsächlichen Prioritäten des europäischen Politikgestaltungsprozesses. In Zukunft könnte der rechte Flügel der EU-Skeptiker versuchen, bestehende Zweifel an der Verpflichtung Europas, die Sicherheit der baltischen Staaten zu garantieren, durch Anzweifeln der EU-Asylpolitik und ihren Einfluss auf die Stabilität in individuellen Mitgliedstaaten für sich zu nutzen, zumal es keine breite öffentliche Debatte zu strategischen Fragen gibt.

Als Reaktion auf fehlende öffentliche Unterstützung haben EU-skeptische Parteien und Aktivisten damit begonnen, sich selbst neu zu organisieren. Erstens haben sie angefangen, enge Beziehungen zu EU-skeptischen Kräften auf europäischer Ebene aufzubauen, um moralische Unterstützung und zusätzliche Förderung zu erhalten. Zweitens haben sie sich mit eher moderaten politischen Kräften zusammengeschlossen und den Fokus auf die konservativen populistischen Ideen der Visegrád-Länder gerichtet. In Lettland ist der EU-skeptische Grostiņš der im Parlament vertretenen Oppositionspartei „Von Herzen für Lettland“ (7 von 100 Sitzen) beigetreten, die sich kürzlich lautstark gegen die Föderalisierung der EU und für das Visegrád-Politikmodell ausgesprochen hat.

Wirtschaftliche Akteure

In Lettland sprechen Unternehmens- und Gewerkschaftsvertreter positiv über die EU und die Vorteile, die die EU-Mitgliedschaft mit sich bringt. Soweit es Geschäftsleute betrifft, ist EU-Skepsis

möglicherweise nicht der geeignete Begriff. Sinnvoller ist es, nicht von EU-Skepsis (verstanden als Mangel an Vertrauen in effektive gemeinsame Richtlinien und Verfahren), sondern von EU-Kritik, verstanden als Wunsch nach Korrektur von Ineffizienzen, und von EU-Realismus zu sprechen, verstanden als Möglichkeit, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten so zu gestalten, dass nationale Interesse im Mittelpunkt stehen.

Die aktuelle Kritik zielt auf einige EU-Richtlinien und Widersprüche zwischen bestimmten EU-Idealen und der Realität ab. Genauer gesagt, hat die von der Wirtschaft geäußerte EU-Kritik zwei wesentliche Schwerpunkte. Der erste betrifft die angeblich ineffiziente Nutzung von EU-Strukturfonds. Aus Sicht zahlreicher Unternehmen ist die Verteilung des Geldes mit zu viel Bürokratie verbunden und das Ergebnis ignoriert allzu oft die wirtschaftliche Logik, die keine horizontale Verteilung von Geldmitteln, sondern eine vertikale Konzentration von Auszahlungen zur Förderung vor allem der Vorreiter erfordert, von deren Erfolg alle anderen lokalen Unternehmen profitieren würden. Neben der vordefinierten Natur der mit der EU verbundenen politischen Ziele ignoriert die Förderung vermeintliche lokale Besonderheiten und hindert örtliche Entscheidungsträger an der Entwicklung echter nationaler wirtschaftlicher Prioritäten.

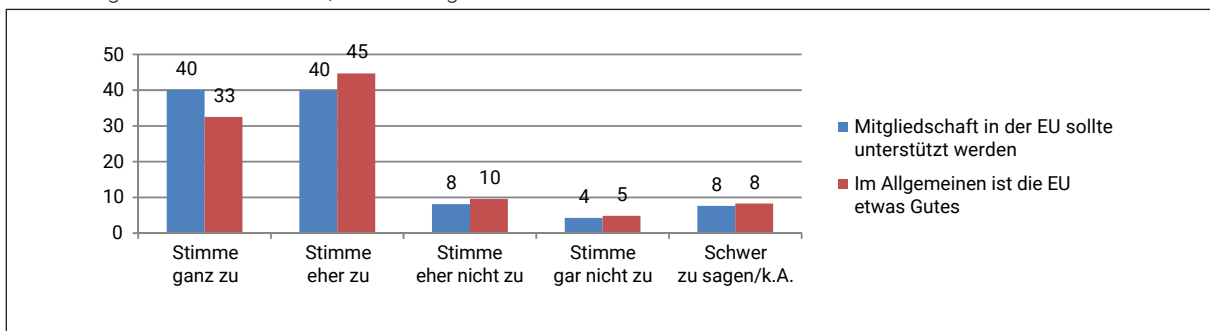
Der zweite Schwerpunkt der Kritik entspricht der Behauptung, dass EU-Richtlinien aus protektionistischen Gründen zulasten der Unternehmen in Lettland und anderen Mitgliedstaaten Zentral- und Osteuropas gehen. Tatsächlich werden protektionistische Tendenzen gegenwärtig als die größte Bedrohung lettischer Unternehmen in Europa angesehen, die Prinzipien des EU-Binnenmarktes seien in Anbetracht zahlreicher Realitäten nur Lippenbekenntnisse. Entsprechende Beispiele beziehen sich auf die Bauindustrie und Straßentransportdienste. Gleichzeitig werden Beschwerden traditioneller Branchen über die Märkte im Osten abgemildert, da die Gewinne aus dem EU-Binnenmarkt verhältnismäßig hoch sind.

Estland

Im Mai 2017 befürworteten 80 Prozent der Esten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Nur 12 Prozent waren dagegen. 78 Prozent hatten ein positives Bild von der EU, während 15 Prozent ein schlechtes Bild von ihr hatten. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Unterstützung der EU stärker ist als in Lettland, wo der Anteil der EU-Gegner doppelt so hoch ist (siehe Abbildung EE.1).

Abbildung EE.1.

Einstellungen zur EU in Estland, Prozentangaben



Quelle: SKDS-Meinungsumfrage vom Mai 2017

Die Längsschnittdaten (siehe Abbildung EE.2) zeigen, dass die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft anhaltend hoch war und sich im Zeitraum von 2004 bis 2017 zwischen 65 und 83 Prozent bewegte. Von 2005 bis 2007, in den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs, nahm die Unterstützung deutlich zu. Die anschließende wirtschaftliche Rezession und die Wirtschaftskrise zwischen 2007 und 2011 bewirkten, dass die Unterstützung nachließ. Die wirtschaftliche Erholung förderte erneut die Wertschätzung der EU-Mitgliedschaft, bis sie Ende 2014 bis Anfang 2017 aufgrund wiederholter wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der EU, der Flüchtlingskrise und des Brexit erneut abnahm. Dies deutet darauf hin, dass die öffentliche Meinung über die EU im Falle Estlands (anders als in Lettland) stärker durch wirtschaftliche als durch geopolitische Faktoren beeinflusst wird. Die Einführung des Euro im Jahr 2011 hat sich auf die Meinung kaum ausgewirkt, ebenso wenig die EU-Ratspräsidentschaft (Estland hat seit Juli 2017 die Ratspräsidentschaft inne).

Menschen

In Estland ist die Charakteristik EU-skeptischer Menschen ähnlich derjenigen in Lettland. Die in Estland aus der SKDS-Meinungsumfrage vom Mai 2017 zur Verfügung gestellten Daten (siehe Tabelle A.3 im Anhang) zeigen, dass das Geschlecht nicht ausschlaggebend für das Vertrauen einer Person in die EU-Mitgliedschaft zu sein scheint. Gleichzeitig neigen geschiedene und alleinstehenden

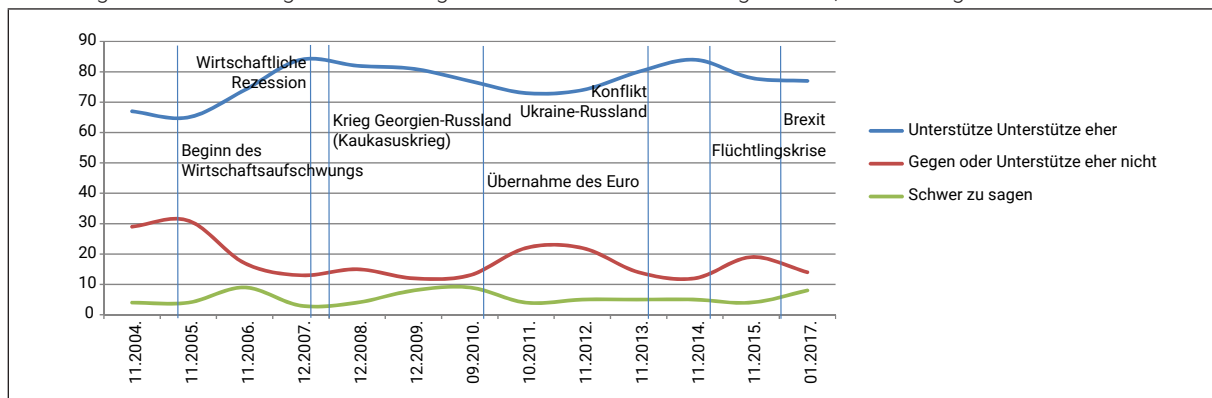
de Menschen eher zu einer skeptischen Haltung gegenüber der Mitgliedschaft (jeweils 19 bzw. 14 Prozent). Das Alter spielt ebenfalls eine Rolle: In Estland lehnen Menschen mittleren Alters die EU-Mitgliedschaft am ehesten ab. Bildung ist ein weiterer wichtiger Faktor: Je höher der Bildungsstand einer Person, desto weniger lehnt sie die EU ab. Allerdings ist in Estland bei Menschen mit Berufs- und Sekundarbildung ein höheres Maß an Skepsis zu beobachten als bei Menschen mit Primarbildung (15 versus 10 Prozent). Ein niedriges Einkommen begünstigt in Estland klar die Skepsis: Menschen mit einem niedrigen Einkommen lehnen die EU tendenziell stärker ab (16 Prozent). Ferner legen die Daten von Riigikantselei offen, dass Menschen in kleinen Orten und im ländlichen Raum der EU am skeptischsten gegenüberstehen, doch auch in Tallinn ist der Anteil der Pessimisten relativ groß.¹²

Die Analyse spezifischer Meinungsgruppen zeigt, dass EU-Optimisten in Estland deutlich in der Mehrheit (83 Prozent) sind (siehe Tabelle A.4 im Anhang). An zweiter Stelle stehen die radikalen EU-Skeptiker (11,5 Prozent). Interessanterweise

12. Riigikantselei, „Elanikkonna teadlikkus ja suhtumine Euroopa Liidu küsimustes“, öffentliche Meinungsumfrage, Januar 2017

Abbildung EE.2.

Änderungen der Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft in Estland im Längsschnitt, Prozentangaben



Quelle: Riigikantselei.

zeigt die Abfrage beliebter positiver und negativer EU-Stereotype, dass die EU-Optimisten in Estland unter den EU-Optimisten in den baltischen Staaten das einheitlichste positive Bild von der EU haben – sie sind sich in ihrer Überzeugung, dass die EU viel Positives mit sich bringt, und ihrem Zweifel daran, dass die EU Schaden anrichten könnte, verhältnismäßig einig.¹³

Wie in Lettland spielt auch in Estland die Muttersprache eine Rolle: Russischsprachige Menschen sind wesentlich skeptischer bezüglich der EU als estnische Muttersprachler (19 versus 10 Prozent, siehe Abbildung EE.3). Im Jahr 2011 machten russischsprachige Menschen 30,3 Prozent der estnischen Bevölkerung aus. Im Vergleich zu Lettland neigen russischsprachige Menschen in Estland jedoch zu einer erheblich positiveren Haltung gegenüber der EU-Mitgliedschaft und der EU als solcher: In Estland sind nur halb so viele Menschen gegen die EU wie in Lettland.

Entwicklungen und Probleme

In Estland ist die historische Entwicklung der EU-Skepsis derjenigen in Lettland sehr ähnlich. Der einzige Unterschied sind die schärferen Kontraste in Estland. Die Esten waren in den 1990er-Jahren sehr viel entschlossener im Hinblick auf politische

und wirtschaftliche Transformationen und die europäische Integration. Die Mehrheit, die nach Liberalisierung strebte, öffnete jedoch einen Graben zwischen sich und einer Minderheit, die die vorherrschende Stimmung ablehnte. Wie in Lettland haben die aktuellen Probleme in der EU den Ruf der EU in Estland ernsthaft angekratzt. Insbesondere während der griechischen Schuldenkrise 2012 und der aktuellen europäischen Flüchtlingskrise seit 2014 hat die öffentliche Unterstützung der EU-Mitgliedschaft in Estland abgenommen. Die Esten haben verübelt, dass einige EU-Mitgliedstaaten, wie Griechenland, nicht bereit waren, die Verantwortung für ihr Handeln und ihre Probleme selbst zu übernehmen, und sie stattdessen lieber der EU übertrugen. Die unerfüllte Erwartung der Menschen, dass sich die Lebensstandards in den EU-Mitgliedstaaten rasch angleichen würden, hat ebenfalls zur Skepsis beigetragen. Allerdings könnte die Kritik der Menschen an den EU-Institutionen auch auf die eingeschränkte Fähigkeit des Landes, seine eigenen Interessen auf EU-Ebene durchzusetzen, hindeuten.

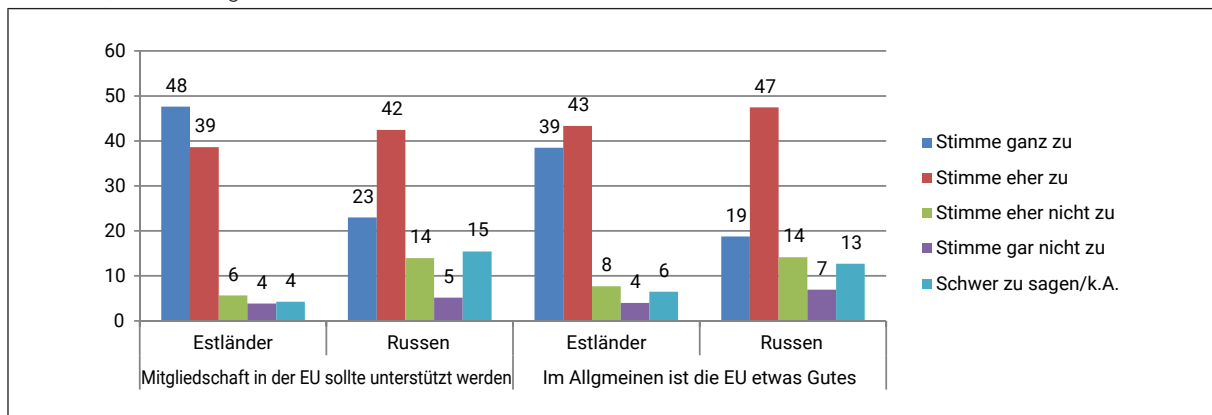
Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass Estland in den kommenden Jahren von einer massiven Welle der EU-Skepsis überrollt wird. Wie estnische Experten anmerken: „Wenn Kritik laut wird, dann ist sie mit bestimmten EU-relevanten Projekten (wie Rail Baltica) oder der Fähigkeit der estnischen Regierung, gesellschaftliche Interessen auf EU-Ebene zu vertreten (Flüchtlingskrise), verbunden.“ Die Äußerung unterstreicht, dass die EU-Skepsis in Estland in erster Linie problembasiert ist.¹⁴

13. Aldis Austers und Jurijs Ņikišins, „The Sociology of Euroscepticism in the Baltic States: Uncovering the Diverse Expression of Euroscepticism“, in *Euroscepticism in the Baltic States*

14. Illimar Ploom und Viljar Veebel, „Emulated Euroscepticism in Estonian Politics“, in *Euroscepticism in the Baltic States*

Abbildung EE.3.

Unterschiede bezüglich der Meinung zu EU-Problemen zwischen der estnischen und der russischen Gemeinschaft in Estland, Prozentangaben



Source: SKDS opinion poll of May 2017.

Der Großteil der EU-Skepsis findet sich im rechten politischen Flügel, was in einer relativ einfachen Haltung aufaddiert werden kann: Estland müsse die nationalstaatlichen Vorrechte behalten, während es so weit wie möglich von den EU-Fördersystemen profitieren solle. Entsprechend dieser Sichtweise behält die EU ihren Nutzwert, solange sie sich darauf beschränkt, den freien Handel zu schützen, und die Souveränität der Mitgliedstaaten nicht antastet. Diese pragmatische Bewertung der Vorteile und Kosten der EU-Mitgliedschaft spiegelt das tief empfundene Bedürfnis wider, Mitglied der EU im Interesse der eigenen Sicherheit zu bleiben. Gleichzeitig hat die Identitätspolitik ihren Weg in die etablierte politische Arena gefunden und insbesondere im Kontext der Flüchtlingskrise könnte an einem bestimmten Punkt eine Art Visegrád-Nationalismus aufkommen, wie der kürzliche Versuch der EU-skeptischen Parteien Estlands, Partei für die populistische und antidemokratische Führung in Ungarn und Polen zu ergreifen, bewiesen hat.

Parteien

Estlands EU-Skepsis ist jedoch auch persönlichkeitsbasiert. Obwohl sich die estnische politische Elite stark darum bemüht hat, das Bild von Estland als offenem, innovativem und proeuropäischem Land zu wahren, wurden vergleichsweise radikale EU-skeptische Äußerungen einzelner Mitglieder von Regierungsparteien toleriert. Die

markantesten Skeptiker der lange Zeit regierenden proeuropäischen Partei *Eesti Reformierakond* [Estnische Reformpartei] sind Igor Gräzin und die frühere Außenministerin Kristiina Ojuland. Beide können aufgrund ihrer Taktik, nationale Interessen und die Interessen vermeintlicher EU-Eliten gegenüberzustellen, als EU-Populisten bezeichnet werden. Die Position der Reformpartei hat sich aus einer Art sanfter EU-Kritik, die sich auf die Überbürokratisierung und die Fördersysteme der EU konzentrierte, die freie Unternehmen und freien Handel in den 1990er-Jahren erstickten, entwickelt, vermutlich aufgrund der wachsenden Bedeutung der neoliberalen Ideologie in der EU. In den frühen 2000er-Jahren gründete Gräzin ein Forschungszentrum namens *Vaba Euroopa* [Freies Europa]. Ojuland hingegen gründete, nachdem sie 2013 aus der Reformpartei gedrängt worden war, ihre eigene politische Bewegung, *Rahva Ühtsuse Erakond* [Einheitspartei des Volkes], übernahm dabei schließlich eine populistische EU-skeptische Haltung, die vorwiegend die Zuwanderungspolitik der EU kritisiert.

Wie bei der Reformpartei haben einzelne Mitglieder der aktuell regierenden Koalition *Eesti Keskerakond* [Estnische Zentrumspartei] EU-pessimistische Ansichten geäußert. So hat zum Beispiel Jaanus Karilaid behauptet, dass Estlands Austritt aus der EU in vier bis fünf Jahren ernsthaft zur Debatte stehen könnte, während Oudekki Loone betont hat, dass das Scheitern der EU und die Unnachgiebigkeit der Europäischen Kommission

nach dem Brexit einen Dominoeffekt in vielen EU-Mitgliedstaaten zur Folge haben könnten. Da die Estnische Zentrumspartei schon in der Vergangenheit eine gewisse Abneigung gegen EU-Richtlinien und -Initiativen zum Ausdruck gebracht hat, ist dies auch in Zukunft zu erwarten. Die radikalsten Meinungen bezüglich der europäischen Integration werden jedoch von Mitgliedern der *Eesti Konservatiivne Rahvaerakond* [Konservative Volkspartei Estlands] geäußert. Diese Partei schaffte es bei den Wahlen 2015 mit sieben Sitzen ins Parlament und ihr Vorsitzender, Mart Helme, ist für seine kontroversen Aussagen bekannt, bestand einerseits auf enge wirtschaftliche, kulturelle und sicherheitsrelevante Beziehungen zu Europa, forderte aber andererseits ein neues Referendum über die EU-Mitgliedschaft Estlands.

In Estland impliziert das relativ geringe Vertrauen in die inländischen politischen Institutionen nicht, dass die Menschen eine Föderalisierung europäischer Strukturen und eine Marginalisierung des eigenen politischen Systems befürworten. Dies kann bedeuten, dass nationale Institutionen nach Meinung der Menschen nicht einfach ersetzt werden können, und jenseits des relativ geringen Vertrauens in bestimmte Maßnahmen und Amtsinhaber könnte die Kritik an inländischen Institutionen auf hohe Erwartungen an dieselben nationalen Institutionen hindeuten. Es ist jedoch bedauerlich, dass diejenigen, die sich gegen offizielle Positionen aussprechen und EU-skeptische Ansichten äußern, eine raue Behandlung durch die politische Elite erfahren. Indem sie Gegner als „verwirrte, engstirnige Menschen unter russischem Einfluss“ anprangern, gelingt es den Pro-EU-Kräften nicht, die Öffentlichkeit an der Debatte zu beteiligen, sodass die öffentliche Meinung anfällig für EU-feindliche Einstellungen bleibt.

Eine Übersicht über die EU-skeptischen Manifestationen in Estland wäre ohne Berücksichtigung der Aktivitäten eines estnischen Mitglieds des Europäischen Parlaments, Yana Toom, unvollständig. Toom gelangte über die Liste der aktu-

ell regierenden Estnischen Zentrumspartei ins Parlament. Dort arbeitet sie in der „Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ und ist derzeit die beliebteste russischsprachige estnische EU-Politikerin. Sie ist sowohl in estnischen sozialen Medien als auch in Kreml-relevanten Medien aktiv, plädierte trotz ihrer politischen Zugehörigkeit lautstark für die bedingungslose Einbürgerung von „Nicht-Bürgern“ und hat in Äußerungen über die regierenden politischen Eliten Wörter wie „gescheitertes Estland“ und „Schizophrenie“ verwendet.

Wirtschaftliche Akteure

In Estland basieren EU-skeptische Ansichten und Argumente ebenso wie in Lettland auf wirtschaftlicher Logik und können daher grundsätzlich als eine Art EU-Pragmatismus verstanden werden.¹⁵ EU-Skepsis in Estland ist hauptsächlich mit EU-relevanten Projekten und der Fähigkeit der Regierung, diese Projekte zu realisieren oder nationale Interessen auf EU-Ebene zu schützen, verbunden. Das Prinzip der gleichen und gerechten Behandlung aller Mitgliedstaaten im EU-Binnenmarkt wurde in Estland ebenfalls infrage gestellt. Erstens betraf dies die Beteiligung aller Euroländer, also auch Estlands, am Rettungspaket für Griechenland angesichts der eigenen Erfahrung drastischer Sparmaßnahmen, die während der Finanzkrise in Estland umgesetzt worden waren. Zweitens führte die Weigerung der Europäischen Kommission, öffentliche Beihilfen für die estnische Luftfahrtgesellschaft Estonian Air zu erlauben, die letztlich bankrottging, zu einer Diskussion darüber, ob die strengen EU-Beihilferichtlinien rational und flexibel genug für die spezifischen Anforderungen kleiner peripherer EU-Mitgliedstaaten sind.

Die aktuellen Debatten in Estland haben sich auf den positiven bzw. negativen Einfluss der EU-Förderung auf die Entwicklung des Landes und die Implementierung von Infrastrukturprojekten durch das transeuropäische Verkehrsnetz, einschließlich des EU-Nordsee-Baltikum-Korridors und des transbaltischen Schienennetzprojekts (Rail Baltica), konzentriert. Obwohl EU-Mittel für Estland

15. Viljar Veebel, „Pragmatic Economic Euroscepticism in Estonia“, in *Euroscepticism in the Baltic States*

eine wesentliche finanzielle Ressource darstellen, wurden die Fragen aufgeworfen, ob die Mittel Projekten zugeteilt wurden, die eine wirtschaftliche Entwicklung des Landes angemessen fördern und hohe sozioökonomische Gewinne versprechen, und ob Estland riskiert, von EU-Hilfen abhängig zu werden. Auch die Notwendigkeit, Hindernisse bei der Anwendung der EU-Richtlinie, die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU regelt, zu beseitigen, wurde in Estland debattiert, und zwar im Rahmen der Initiative „Fair Transport Europe“. Zwischenzeitlich haben estnische Landwirte zwei große öffentliche Demonstrationen in Estland organisiert (2015 und 2016), um die Aufmerksamkeit auf die Überproduktion landwirtschaftlicher Güter in der EU und den Mangel an lokalen Fördermaßnahmen für estnische Landwirte zur Bewältigung der ungünstigen Marktsituation zu lenken. Die lautstarke Kritik der Landwirte bezieht sich vorwiegend auf die unfaire EU-Praxis, die direkte Agrarförderung für die neuen Mitgliedstaaten deutlich geringer zu halten als für die ursprüngliche EU-15, dennoch richtet sie sich hauptsächlich an die estnische Regierung, da sie die Interessen estnischer Landwirte auf EU-Ebene nicht ausreichend vertrete.

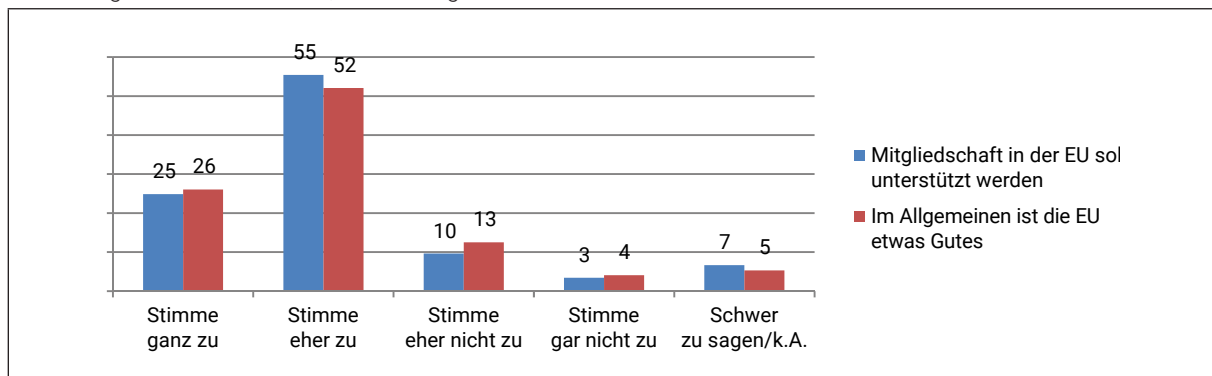
Die estnische Regierung ist sich, auch wenn dies keine breite öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat, nicht einig in Bezug auf die Pläne zur Schaffung neuer Finanzierungsmöglichkeiten und zur Übertragung zusätzlicher Befugnisse und Kompetenzen an Institutionen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die von einigen Mitgliedstaaten implementierte „neomerkantilistische Handelspolitik“, die zur Ausweitung von Exporten innerhalb der EU und der Eurozone führt, ist ebenfalls ein Problem, da sie die Wettbewerbsfähigkeit der Partner Estlands herausfordert und dadurch eine asymmetrische wirtschaftliche Verflechtung fördert.

Litauen

Im Mai 2017 entsprach die öffentliche Unterstützung der EU-Mitgliedschaft in Litauen der in Estland, wonach 80 Prozent dafür und 13 Prozent dagegen waren. Die Litauer waren zudem zu 78 Prozent der Meinung, dass die EU einen guten Ruf im Land genieße, was 17 Prozent verneinten (siehe Abbildung LT.1).

Abbildung LT.1.

Einstellungen zur EU in Litauen, Prozentangaben



Quelle: SKDS-Meinungsumfrage vom Mai 2017.

Längsschnittdaten (siehe Tabelle LT.2) zeigen, dass die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft in Litauen stets etwa 70 Prozent betrug. Die Steigerung im Jahr 2004 kann durch den Enthusiasmus im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt erklärt werden, während der Rückgang zwischen 2008 und 2013 vorwiegend die Folge wirtschaftlicher Schwierigkeiten war. Die kürzliche Wiederkehr des Optimismus scheint durch die litauische EU-Ratspräsidentschaft 2013 und die Geschehnisse in der Ukraine 2014 entfacht worden zu sein. Im Gegensatz zu Lettland und Estland hatte die Einführung des Euro 2015 keinen spürbaren Einfluss auf die öffentliche Meinung in Litauen.

Menschen

In Litauen scheint das Geschlecht keinen Einfluss auf die Haltung gegenüber der EU-Mitgliedschaft zu haben. Allerdings neigen geschiedene oder verwitwete Menschen stärker zur Skepsis (jeweils 18 und 19 Prozent, siehe Tabelle A.2 im Anhang). Mit dem Alter scheint die Skepsis zuzunehmen, mit Ausnahme der ältesten Befragengruppe (65

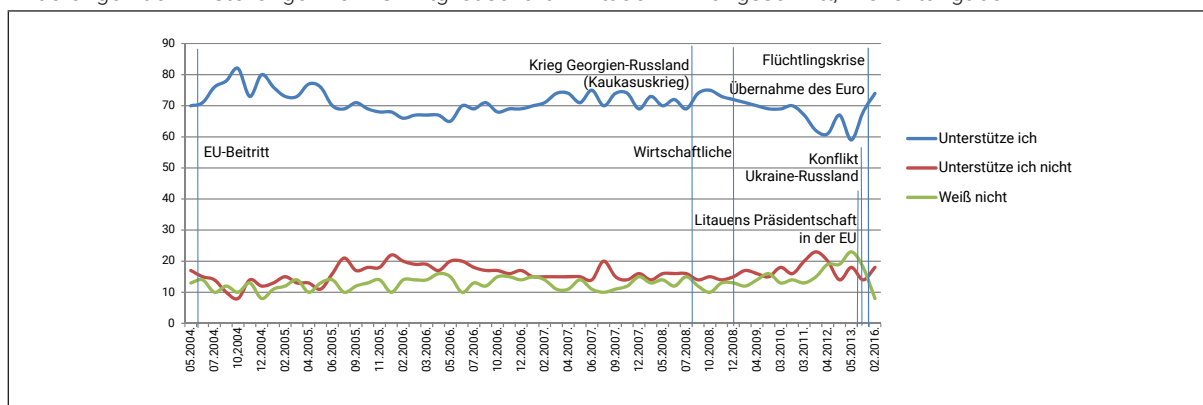
bis 74 Jahre). Auch das Bildungsniveau spielt eine Rolle: Menschen mit Primar- und Sekundärbildung sind skeptischer als solche mit Tertiärbildung (jeweils 14 Prozent, 15 Prozent und 9 Prozent). Auch das Einkommen beeinflusst die Haltung der Litauer gegenüber der EU: Menschen mit mittlerem bis niedrigem Einkommen neigen stärker zu Skepsis (jeweils 18 und 15 Prozent) als solche mit geringem und mittlerem bis hohem

Einkommen (jeweils 13 Prozent und 10 Prozent). Zudem zeigen erwerbslose Menschen eine größere Abneigung gegenüber der EU-Mitgliedschaft als erwerbstätige Menschen (jeweils 15 Prozent und 12 Prozent).

Litauer haben insgesamt vielfältigere Haltungen gegenüber der EU als Letten oder Esten. Das heißt, dass unter den Litauern, welche die EU-Mitgliedschaft befürworten, ein höherer Prozentsatz die Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft, wie eine ungleichmäßige Verteilung von Vorteilen und die Arroganz der EU-Führung, kritisch beurteilt. Gleichzeitig scheinen die Litauer, obwohl sie sich der großen geopolitischen Bedeutung der EU-Mitgliedschaft bewusst sind, gelassener zu sein, beispielsweise in Bezug auf die Vorteile einer hypothetischen Mitgliedschaft in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) – viele Unterstützer der EU-Mitgliedschaft glauben, dass es Litauen aktuell in der GUS besser ginge als in der EU. Dies korreliert mit der Tatsache, dass in Litauen die Gruppe der EU-Pragmatiker – Menschen, die die EU-Mitgliedschaft unterstützen, der EU aber eine geringe Wertschätzung entgegenbringen – dop-

Abbildung LT.2.

Änderungen der Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft in Litauen im Längsschnitt, Prozentangaben

Quelle: „Lithuanian Public Opinion and the EU Membership“, www.euro.lt.

pelt so groß ist wie in den anderen beiden Ländern (8 Prozent versus ca. 3,5 Prozent in Estland und Lettland; siehe Tabelle A.3 im Anhang). Von den litauischen EU-Pragmatikern glauben mehr als zwei Drittel, dass es Litauen in der GUS besser erginge. Dass der Pragmatismus in Litauen etwas ausgeprägter ist, liegt möglicherweise daran, dass die russischsprachige Gemeinschaft kleiner ist und es (anders als in Estland und Lettland) keine ethnischen Spannungen gibt.

Entwicklungen und Probleme

Die geringe EU-Skepsis in Litauen kann durch zahlreiche Faktoren, einschließlich Geschichte, Wirtschaft und Geopolitik, erklärt werden. Nichtsdestotrotz wurde Litauens EU-Treue in den letzten Jahren zweimal herausgefordert. Eines der wichtigsten Ereignisse war das Referendum über das Verbot des Verkaufs von Land an Ausländer und juristische Personen am 29. Juni 2014. Dieses Referendum war ein großer und unerwarteter Erfolg für alle EU-skeptischen Kräfte: Es wurde von EU-Skeptikern initiiert, fand jedoch die Unterstützung eines wichtigen wirtschaftlichen Akteurs und einer wesentlichen Interessengruppe in Litauen: des Bauernverbands. Dieser unterstützte das Referendum mit der Begründung einer angeblichen Chancenungleichheit zwischen den Landwirten der einzelnen Mitgliedstaaten, da die Bauern in den einzelnen Ländern unterschiedlich hohe Subventionen erhielten, wodurch der Wettbewerb auf dem Markt und beim Kauf von Land verzerrt

würde. Das Referendum scheiterte letztlich aufgrund zu geringer Beteiligung; es ließ jedoch auf die wahre soziale Basis der EU-Skepsis in Litauen schließen, da jene, die dafür stimmten, tatsächlich ernsthafte EU-Skeptiker waren, die wussten, dass ihre Stimmen Litauens Mitgliedschaft in der EU gefährden würden.

Der zweite Versuch, Litauens EU-Integration zu gefährden, wurde 2013 unternommen und beinhaltete eine Initiative für ein weiteres Referendum, diesmal über die Einführung des Euro. Die Referendum-Initiative wurde von den Behörden für unzulässig erklärt und durchlief nicht einmal die Phase der Unterschriftensammlung. Dennoch nährte die Einführung des Euro die EU-Skepsis in Litauen. Viele Menschen waren vor seiner Einführung im Jahr 2015 gegen den Euro. Sie argumentierten, dass die massive Unterstützung der EU-Mitgliedschaft in Kombination mit einer geringen Wertschätzung des Euro als Zeichen der Zufriedenheit mit dem Status quo und der Ablehnung einer tieferen EU-Integration zu verstehen sei. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Sympathien für die EU aus einer Vision der EU als Chance resultieren und der Euro hingegen – als Symbol der verminderten Unabhängigkeit und nationalen Souveränität – mit schlechteren Lebensbedingungen assoziiert wird. In der Tat hatten die Litauer viele Erwartungen an die EU und als diese nicht erfüllt wurden, begannen sie, eine allgemeine Unzufriedenheit mit einer tieferen Integration, insbesondere im Hinblick auf den Euro, zu signalisieren.

Parteien

Party Die Unterstützung der EU-Skepsis auf Ebene der Parteien wie in den anderen baltischen Staaten ist in Litauen marginal, da die EU-skeptische Ansichten immer weniger vertreten werden und nur kleine populistische nationalistische Parteien am rechten Rand offen EU-skeptische Haltungen wagen. In den etablierten politischen Parteien in Litauen hingegen gibt es definitiv nicht viele europäische Föderalisten und sie haben sich für die Aufnahme solider EU-skeptischer Vorschläge in ihre Wahlprogramme entschieden. Zusätzlich wurden wie in Estland EU-skeptische Äußerungen einzelner Parteimitglieder toleriert.¹⁶

An den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 nahm eine Vielzahl offen EU-skeptischer Parteien, wie *Tautininkų sąjunga* [Nationalistische Union], teil. Einige weitere Parteien wie „Der Block“ von Valdemar Tomaševski machten ebenfalls mit EU-skeptischen Vorschlägen auf sich aufmerksam, wie zum Beispiel einem Aufschub der Euro-Einführung. Bei diesen Wahlen schaffte es jedoch nur Tomaševski selbst in das Europäische Parlament. Er schloss sich der Fraktion „Europäische Konservative und Reformer“ (moderate EU-Skeptiker) an, und ein weiteres neu gewähltes MEP, Rolandas Paksas, der Regierungspartei *Tvarka ir Teisingumas* [Ordnung und Gerechtigkeit] trat der Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (radikale EU-Skeptiker) bei. Tatsächlich ist Paksas derzeit in dieser Fraktion, deren Vorsitzender Nigel Farage von der britischen United Kingdom Independence Party ist, das einzige MEP aus den baltischen Staaten. Der Einfluss beider Politiker auf die litauische Politik ist jedoch beschränkt.

Die Wahl zum nationalen Parlament im Jahr 2016 war für traditionell EU-skeptische Parteien noch erfolgloser: Weder *Lietuvos liaudies partija* [Litauische Volkspartei] noch *Tautininkų koalicija* [Nationalistische Koalition] überwand die 5-Prozent-Hürde. Die besser etablierte und populäre Partei *Darbo Partija* [Arbeiterpartei] schaffte es trotz ihrer EU-skeptischen Wendung unter der neuen Füh-

rung von Valentinas Mazuronis ebenfalls nicht ins Parlament. Paradoxerweise ist Mazuronis auch MEP (über die Liste der Partei „Ordnung und Gerechtigkeit“ gewählt) und hat sich der „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ angeschlossen. Unter seiner Führung hat die Arbeiterpartei jedoch eine offen feindliche Haltung gegen den europäischen Umverteilungsschlüssel für Asylsuchende eingenommen.

In Litauen ist EU-Skepsis kein separater politischer Trend oder eine Ideologie, sondern Bestandteil einer breiteren politischen Haltung, und sie ist eher in der Welt sozialer Bewegungen als in der Welt politischer Parteien zu verorten. EU-skeptische soziale Bewegungen, wie die nationale Widerstandsbewegung von Žalgiris in Litauen, spezialisieren sich tatsächlich nicht ausnahmslos auf EU-skeptische Themen und haben diesbezüglich keine definierten Ziele, Strategien oder Programme. Im Januar 2016 wurde eine neue öffentliche politische Bewegung, das Vilnius Forum, ins Leben gerufen. Die Gründungserklärung des Forums, die auch von mehreren Hundert Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterschrieben wurde, führt an, dass Litauen vor existenziellen Herausforderungen unter anderem durch die wachsende Unsicherheit auf der internationalen Ebene stehe. Die Verantwortung wird vor allem der litauischen Regierung zugeschrieben, wenngleich ein wesentlicher Teil der Erklärung die EU betrifft, die eine „unnatürliche Europäisierung“ betreibt, das heißt eine Säkularisierung, Denationalisierung und Abschaffung der Eigenstaatlichkeit erzwingt.

Aufgrund der Tatsache, dass EU-skeptische Haltungen nicht von einzelnen Personen, sondern von einer gesellschaftlichen Organisation wie dem Vilnius Forum vorgetragen werden, lässt sich behaupten, dass sich die EU-Skepsis in Litauen in einem gewissen Maß institutionalisiert hat. Vorerst lässt sich jedoch nicht konstatieren, dass das Vilnius Forum im zweiten Jahr seines Bestehens seinen Einfluss erheblich ausweiten konnte und die Zahl seiner Unterstützer sich deutlich vergrößert hat.

Abschließend sollten noch Romualdas Ozolas und die Partei *Lietuvos centro partija* [Litauische

16. Mehr zu Litauen bei Gediminas Vitkus, „Small is small: Euroscepticism in Lithuanian Politics“, in *Euroscepticism in the Baltic States*

Zentralpartei] erwähnt werden. Ozolas setzte sich für die Wiederherstellung von Litauens Unabhängigkeit in den 1990er-Jahren ein; er war einer der Anführer der nationalen Bewegung *Sąjūdis*, gründete später die Litauische Zentralpartei und war eine sehr bekannte Persönlichkeit, gleichzeitig aber ein konsequenter und scharfer EU-Gegner, der offen erklärte, dass die EU für ihn im Wesentlichen inakzeptabel sei. Tatsächlich wurde die Gruppe, die das Referendum über den Verkauf von Land initiiert hatte, von dem Journalisten Pranciškus Šliužas, Mitglied der Litauischen Zentralpartei, angeführt. Ansonsten war der Einfluss der Partei auf die Öffentlichkeit ebenso wie der von Ozolas sehr begrenzt – bis zu seinem Tod im Jahr 2015 hatte er nie ein wichtiges öffentliches Amt inne.

Wirtschaftliche Akteure

In Litauen ist die EU-Skepsis aufseiten der Wirtschaft im Wesentlichen eine Kritik an bestimmten Entwicklungen, Integrationsprozessen und Vorschriften, denn die Ineffizienz der nationalen Regierung im Umgang mit EU-Fonds und anderen EU-Richtlinien verursacht bei den einheimischen Unternehmen Frustration. Die Kritik betrifft ferner sowohl die massive Auswanderung aus Litauen als auch die Einführung des Euro, der anfänglich von den Litauern nicht sehr geschätzt wurde. Generell scheinen Unternehmen mit einem hohen Grad an Internationalisierung (im Industriesektor, Transportsektor und sonstigen Bereichen), transnationale Unternehmen und andere große Unternehmen die Integration des nationalen Markts in einen Binnenmarkt stärker zu unterstützen und sind aus diesem Grund weniger skeptisch. Unternehmen und wirtschaftliche Sektoren (zum Beispiel Landwirte), die auf den nationalen Markt ausgerichtet sind und lokale Rohstoffe verwenden, sowie kleine Unternehmen wünschen sich mehr Schutz und sind gegen Integration. So unterstützen beispielsweise kleine Unternehmen, die Obst und Gemüse verkaufen, eher nicht die Integration und Öffnung von Märkten.¹⁷

Die Berufsgruppe mit der stärksten Lobby und zugleich mit einer ambivalenten Haltung gegenüber der EU sind die Landwirte. Sie genießen zwar mehr Vorteile durch die EU als andere Gruppen, aber sind auch die schärfsten Kritiker von EU-Richtlinien. Litauische Landwirte organisierten ein Referendum über den Verkauf von Land an Ausländer und brachten immer wieder ihre Unzufriedenheit mit den ungleichen Zahlungen aus EU-Fonds zum Ausdruck. Sie forderten, die direkten Zahlungen an Landwirte in allen EU-Mitgliedstaaten schnellstmöglich anzugleichen, da man nur dann von einem gerechten Wettbewerb auf dem europäischen Markt sprechen könne. Ihre pessimistischen Beurteilungen der EU stehen auch mit dem freien Kapitalverkehr beim Kauf landwirtschaftlicher Nutzflächen in Zusammenhang. Landwirte wünschen weniger Integration und mehr Schutz beim Verkauf von Land, befürworten aber gleichzeitig eine stärkere Integration im Falle direkter Zahlungen.

Die zweite Unternehmensgruppe, die stark in den EU-Markt integriert ist, aber einige EU-Richtlinien kritisiert, sind Transportfirmen. Litauische Transportunternehmen, die in EU-Märkten tätig sind, bewerten die EU im Allgemeinen positiv, beklagen sich aber über nationalen Protektionismus in einigen älteren EU-Mitgliedstaaten, insbesondere nach Schließung des russischen Marktes.

Vertreter anderer Sektoren der litauischen Wirtschaft haben keine Beschwerden über die EU geäußert. Gewerkschaften sehen in der EU eine Chance zur Lösung verschiedener Probleme und zur Festlegung höherer Arbeitsstandards, obwohl sie unter Arbeitern nicht sonderlich beliebt sind. Sie sind skeptisch in Bezug auf die Möglichkeit, europäische Sozialstandards in Litauen umzusetzen, und zwar aufgrund der Ungleichheiten unter den Mitgliedstaaten; die ihnen als Sozialpartnern zustehende EU-Förderung und die Aussicht, in Form von EU-Richtlinien höhere soziale Standards durchzusetzen, sorgen dafür, dass die Gewerkschaften die EU befürworten.

17. Unikaitė-Jakuntavičienė, „The Invisible Economic Dimension of Euroscepticism in Lithuania“, in *Euroscepticism in the Baltic States*

Übersicht

In keinem der drei baltischen Länder findet sich heute eine ausufernde EU-Skepsis. Die beobachtbaren Manifestationen der EU-Skepsis sind sporadischer Natur, basieren auf konkreten Problemen, lassen sich bestimmten Persönlichkeiten zuordnen und haben sich noch nicht zu einem systematischen institutionellen Phänomen entwickelt.

Trotz des (wenngleich marginalen) Vorhandenseins EU-skeptischer Parteien äußert sich die radikale EU-Skepsis in den baltischen Staaten vorwiegend auf der Ebene sozialer Bewegungen. Im Moment ist die radikalste im Parlament vertretene Partei mit EU-skeptischen Ansichten die Konservative Volkspartei Estlands. In Lettland hat die Partei „Von Herzen für Lettland“, die mit sieben Sitzen im Parlament vertreten ist, damit begonnen, sich als moderate EU-skeptische Kraft zu positionieren. In Litauen hat es keine der EU-skeptischen Kräfte in das Parlament geschafft. Gleichzeitig setzen sich jedoch sehr wenige etablierte politische Parteien konsequent für die EU ein. Sowohl rechts als auch links kann man eine breite Vielfalt EU-skeptischer Ansichten finden, und gelegentlich tolerieren die Parteien radikale EU-skeptische Ansichten ihrer Mitglieder, um von Schwankungen in der öffentlichen Stimmung zu profitieren. Diese Kaperung der EU-kritischen Agenda hat dazu geführt, dass einige der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus diesen Ländern inzwischen EU-skeptische oder sogar EU-feindliche Ansichten zu äußern wagen.

Die öffentliche Wahrnehmung von Europa ist ein deutlich breiteres Thema als die Haltungen gegenüber der europäischen Integration oder der Europäischen Union; so wird der Begriff „Europa“ im Allgemeinen als Synonym für „den Westen“ oder konkreter für das Netzwerk der internationalen Strukturen, welche die Europäische Union und viele staatliche und nicht staatliche Organisationen beinhalten, verstanden.

Die Analyse der soziodemografischen Parameter der Befragten legt offen, dass die Faktoren mit dem größten Einfluss auf die Wahrnehmung der EU Alter, Bildungsniveau, Einkommen, Erwerbs-

tätigkeit und Zugehörigkeit zu einer bestimmten sprachlichen Community sind. So ist eine typische EU-skeptische Person beispielsweise mittleren Alters oder im Ruhestand, spricht Russisch als Muttersprache, hat Primarbildung, ist erwerbslos, verfügt nur über ein niedriges Einkommen und lebt entweder in der Hauptstadt oder im ländlichen Raum. Lässt man die hohe Konzentration an Skepsis in der lettischen Hauptstadt Riga außer Betracht, ist das soziodemografische Profil der EU-skeptischen Menschen in allen EU-Mitgliedstaaten sehr ähnlich. Eine besondere Beobachtung im Fall Lettlands ist, dass große Familien im Allgemeinen weniger skeptisch gegenüber der EU-Mitgliedschaft sind als kleine Familien.

Ein Vergleich zwischen den Ländern zeigt, dass die Skepsis in Lettland am größten ist, obwohl selbst dort, wie Längsschnittstudien zeigen, die Ablehnung seit 2011 aufgrund einer Reihe von Ereignissen, wie der wirtschaftlichen Erholung, der Einführung des Euro und der lettischen EU-Ratspräsidentschaft, deutlich abnimmt. Noch bemerkenswerter aber ist, dass die öffentliche Meinung zur EU-Mitgliedschaft in Lettland empfindlicher als in den anderen baltischen Staaten auf die wachsenden geopolitischen Spannungen zwischen Russland und dem Westen zu reagieren scheint. Im Gegensatz zu Lettland weisen die Längsschnittrrends in Litauen und Estland darauf hin, dass die Einstellungen in diesen Ländern stärker mit den konjunkturellen Rahmenbedingungen und den Entwicklungen auf EU-Ebene, zum Beispiel Unstimmigkeiten bezüglich des europäischen makroökonomischen Rahmens, dem Zustrom von Migranten und dem Brexit, in Zusammenhang stehen.

Gleichzeitig hat Estland die einheitlichste proeuropäische Haltung; es gibt dort viele EU-Optimisten und sie sind sich einig in der Beurteilung der positiven Manifestationen der EU-Mitgliedschaft und in der Ausblendung vermeintlicher negativer Aspekte. Unter den Litauern gibt es eine relativ große Zahl EU-Pragmatiker, und viele Menschen, die der EU-Mitgliedschaft positiv gegenüberstehen, stimmen der Aussage zu, dass es Litauen heute in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) besser gehen würde. Lettland für seinen Teil weist die

höchste Zahl radikaler EU-Skeptiker auf, bei denen es sich um Menschen handelt, die die EU-Mitgliedschaft ablehnen und glauben, dass die EU etwas Schlechtes sei. Etwas besorgniserregend ist, dass viele EU-Optimisten in Lettland und in geringerem Ausmaß auch in Litauen und Estland vermeintlich negative Aspekte zur Sprache bringen: dass die EU nur eine kleine Gruppe Menschen begünstige, während die EU-Institutionen der Meinung der örtlichen Bevölkerung nur wenig Beachtung schenken. In der Tat zählen alle drei Länder, insbesondere Lettland und Estland, zu den ungleichsten EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf die Verteilung des Volksvermögens. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich in den Bedenken der EU-Optimisten Erfahrungen mit Entbehrungen und der Arroganz aufseiten der politischen Elite widerspiegeln.

In der Tat wird die EU-Skepsis in den baltischen Ländern nicht so sehr durch eine radikale Opposition gegen die EU, sondern durch eine kritische Bewertung ihrer negativen Begleiterscheinungen angetrieben. Selbst die schärfsten EU-Skeptiker in den baltischen Ländern geben zu, dass die EU viele Vorteile mit sich brächte, wenn sie richtig organisiert wäre. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass viel von dem Aufheben, das um die EU-Skepsis in Lettland, Estland und Litauen gemacht wird, seinen Ursprung in der Unzufriedenheit der Menschen mit den nationalen politischen Institutionen und weniger mit den EU-Institutionen in Brüssel hat. Auch die zeitweilige Diskriminierung baltischer Unternehmen im EU-Binnenmarkt ist ein großes Problem. Daher macht es aus einer methodischen Perspektive im Fall der baltischen Länder mehr Sinn, nicht von EU-Skepsis (verstanden als Mangel an Vertrauen in effektive gemeinsame Richtlinien und Verfahren), sondern von EU-Kritik, verstanden als Wunsch nach Korrektur von Ineffizienzen, und von EU-Realismus zu sprechen, verstanden als Möglichkeit, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten so zu gestalten, dass nationale Interesse im Mittelpunkt stehen.

Im Moment gibt es keinen Grund zur Beunruhigung. Allerdings haben die Ampeln in einigen Aspekten von Grün auf Gelb geschaltet, signalisieren also aufkommende Gefahr. Daher folgen hier

mehrere Empfehlungen für künftige politische Maßnahmen:

- Politische Parteien müssen ihre Positionen zur Zukunft der EU deutlich machen. Die Menschen müssen die Kandidaten lange vor der Wahl kennen – die Schicksale der Politiker sollten deutlich von ihrer Fähigkeit abhängen, die Wählerschaft davon zu überzeugen, dass die EU-Integration mit einer Sicht von Europa als Einheit gleichberechtigter Nationalstaaten kompatibel ist.
- Politische Eliten müssen ihre Arroganz ablegen und mit Menschen unterschiedlicher Meinung offen ins Gespräch kommen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um die Diskrepanz zwischen den alltäglichen Bedenken der Menschen und der Brüsseler Agenda zu verkleinern.
- Die Regierungen müssen ihre Länder stärker angleichen, da dies das Vertrauen der Menschen in die inländischen Institutionen fördert und mehr Gelassenheit in Bezug auf die EU-Mitgliedschaft bewirkt.
- Auf EU-Ebene müssen die örtlichen Bedingungen peripherer Mitgliedstaaten ernst genommen und es muss mehr politische Flexibilität gewährleistet werden.

Die Menschen in den baltischen Staaten nehmen Sicherheitsfragen sehr ernst. Wenn Fragen der Sicherheit und der Entwicklung weiterhin so zögerlich behandelt werden, wird ein großer Teil der Bevölkerung in den baltischen Staaten in einem Zustand der Unsicherheit darüber verharren, was er von der EU zu erwarten hat und wem gegenüber er loyal sein soll. Dies gilt insbesondere für die russischsprachigen Minderheiten, deren Herz und Verstand der Kreml unbedingt für sich gewinnen möchte.

Anhang

Abbildung A.1.

Opposition gegen wesentliche europäische Richtlinien in den baltischen Staaten

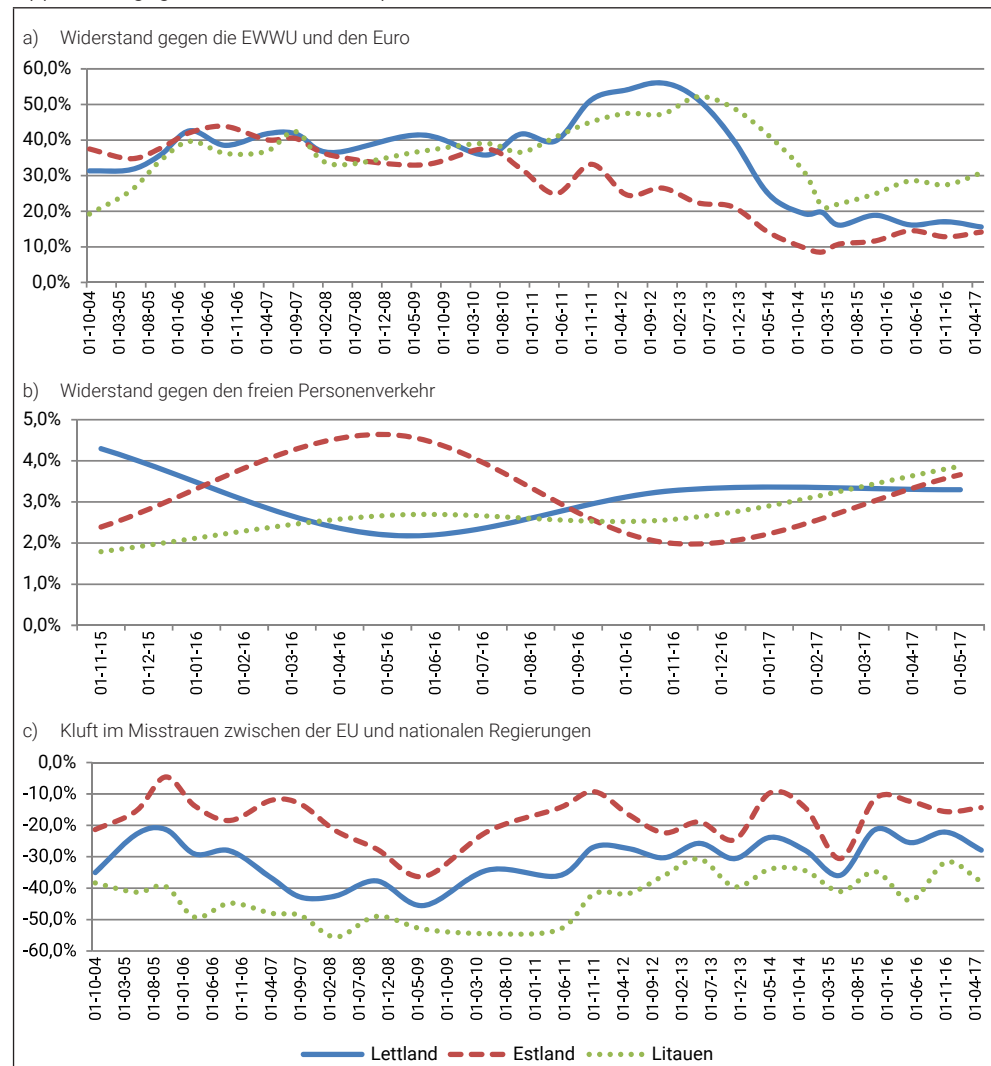
Quelle: Eurobarometer-Interactive-Reihe, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/index>.

Tabelle A.1.

Die proportionale Größe der russischsprachigen Gemeinschaften in Lettland und Estland, Prozentsatz der Gesamtbevölkerung

	Lettland	Estland	Litauen
Zensus 2000	37.5	30.9	8.3
Zensus 2011	37.2	30.3	7.5

Quelle: Nationale Statistikämter von Lettland, Estland und Litauen

Tabelle A.2.

Öffentliche Haltung gegenüber der EU-Mitgliedschaft Lettlands in verschiedenen soziodemografischen Gruppen in Lettland, kombinierte Daten, Prozentangaben

„Lettische Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist ...“		etwas Gutes	etwas Schlechtes	weder etwas Gu- tes noch etwas Schlechtes	Schwer zu sagen
Alle Befragten (n = 3122)		39	15	41	6
Geschlecht	Männlich	41	16	38	5
	Weiblich	37	14	43	6
Alter	15-24	59	10	26	5
	25-34	48	11	36	5
	35-44	37	16	41	5
	45-54	31	17	47	5
	55-64	32	17	46	6
	65-74	27	19	46	9
Nationalität	Lettisch	46	11	39	4
	Russisch	29	21	42	8
	Sonstige	30	18	45	8
Bildungsstand	Primarbildung	38	18	37	7
	Sekundarbildung, Berufsausbildung	35	16	43	6
	Höhere Bildung	48	11	37	4
Arbeitsbereich	Öffentlicher Sektor	41	9	46	4
	Privater Sektor	40	16	39	5
Haupterwerb	Manager	56	11	31	3
	Sachbearbeiter, Fachar- beiter (keine körperliche Tätigkeit)	45	11	39	5
	Arbeiter	33	17	45	5
	Selbstständig, Unter- nehmer	37	13	45	5
	Im Ruhestand	29	18	44	9
	Schüler, Student	66	8	21	5
	Hausfrau	47	12	37	3
Erwerbstätigkeit	Erwerbstätig	40	14	41	5
	Erwerbslos	37	16	39	7
Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen pro Familienmitglied	Gering	30	20	46	4
	Mittel bis gering	37	15	42	7
	Mittel	34	13	47	7
	Mittel bis hoch	41	14	39	6
	Hoch	49	13	35	4
Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder bis zu einem Alter von 18 Jahren	Ja	45	13	37	5
	Nein	35	16	43	6
Anzahl der Haushaltsmitglieder	1	30	18	42	9
	2	36	16	43	5
	3	40	14	40	6
	4 oder mehr	47	11	37	4
Region	Rīga	43	15	36	7
	Vidzeme	37	15	44	5
	Kurzeme	37	18	38	7
	Zemgale	37	11	49	2
	Latgale	36	17	41	7
Siedlungsart	Riga, Hauptstadt	43	15	36	7
	Andere Stadt, Ortschaft	35	17	42	6
	Ländlicher Raum	38	12	45	5

Quelle: Kombinierte Daten von SKDS-Meinungsumfragen vom Dezember 2016, Januar 2017 und April 2017.

Tabelle A.3.

Anteile der EU-skeptischen Befragten nach soziodemografischen Kategorien in Estland und Litauen, Prozentangaben

		Estland	Litauen
Alle Befragten		12	13
Geschlecht	Männlich	11	14
	Weiblich	13	13
Alter	15-24	7	8
	25-34	16	11
	35-44	15	5
	45-54	14	15
	55-64	11	21
	65-74	14	18
Familienstand	Verheiratet/nichteheliche Lebensgemeinschaft	10	13
	Geschieden/getrennt	19	18
	Verwitwet	13	19
	Alleinstehend	14	12
Bildungsstand	Grund- oder Primarbildung	10	14
	Berufs- oder Sekundarbildung	15	15
	Universitätsabschluss	8	9
Monatliches Haushaltseinkommen	Gering	16	13
	Mittel bis gering	10	18
	Mittel bis hoch	11	10
	Hoch	10	15
In der Familie gesprochene Sprache	Estnisch/Litauisch	9	.
	Russisch	19	.
Erwerbstätigkeit	Erwerbstätig	13	12
	Erwerbslos	11	15

Quelle: SKDS-Meinungsumfrage vom Mai 2017.

Tabelle A.4.

Tatsächliches Gewicht jeder dominanten Meinungsgruppe in Lettland, Estland und Litauen, Kreuztabellierung, Prozentangaben*

Lettland (n=922)		Estland (n=893)		Litauen (n=911)	
EU-Optimisten 71.48	Entfremdet 3.25	EU-Optimisten 83.43	Entfremdet 1.57	EU-Optimisten 76.73	Entfremdet 4.5
EU-Pragmatiker 3.69	Radikale EU-Skeptiker 21.58	EU-Pragmatiker 3.47	Radikale EU-Skeptiker 11.53	EU-Pragmatiker 7.90	Radikale EU-Skeptiker 10.87

Hinweis: (*) Nur aussagekräftige Antworten (d. h. ohne die Option „Schwer zu sagen“ / „Keine Antwort“) wurden in die verarbeiteten Daten aufgenommen.

Quelle: SKDS-Meinungsumfrage vom Mai 2017, eigene Berechnungen des Urhebers.

Über den Autor

Aldis Austers ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Latvian Institute of International Affairs. Er studierte Wirtschaft an der Technischen Universität Riga und internationale Beziehungen an der Diplomatischen Akademie Wien. Er arbeitete längere Zeit im lettischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und bei der Latvijas Banka. Neben seiner Arbeit im Latvian Institute of International Affairs ist er Dozent an der Stradiņš-Universität Riga und der Riga Graduate School of Law. Zu seinen Interessengebieten zählen Geldwirtschaft, Volkswirtschaft, Migration und europäische Integration.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Büro Lettland
37-64 Dzirnavu iela | Riga, LV-1010

Verantwortlich:

Dr. Tobias Mörschel | Leiter der FES in den baltischen Staaten
Tel.: +371 6783 05 39 | Fax: +371 6783 03 26

<http://fes-baltic.lv/lv/>

Eine kommerzielle Nutzung sämtlicher von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) veröffentlichter Medien ist ohne die schriftliche Zustimmung der FES nicht erlaubt.

Über die FES

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Benannt ist sie nach Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten. Als parteinahe Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Als gemeinnützige Institution agieren wir unabhängig und möchten den pluralistischen gesellschaftlichen Dialog zu den politischen Herausforderungen der Gegenwart befördern. Wir verstehen uns als Teil der sozialdemokratischen Wertegemeinschaft und der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Welt. Mit unserer Arbeit im In- und Ausland tragen wir dazu bei, dass Menschen an der Gestaltung ihrer Gesellschaften teilhaben und für Soziale Demokratie eintreten.

FES in den Baltischen Staaten

Kurz nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 begann die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Aktivitäten in den drei baltischen Staaten und eröffnete Büros in Riga, Tallinn und Vilnius.

Das Hauptanliegen war es, die demokratischen Übergangsprozesse zu unterstützen, die baltischen Staaten auf ihrem Weg in die Europäische Union zu begleiten und den Dialog zwischen den baltischen Staaten und Deutschland und den Ländern dieser Region zu fördern.

Die aktuellen Schwerpunkte der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Estland, Lettland und Litauen sind:

- Stärkung der Demokratie und der aktiven Zivilgesellschaft
- Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses
- zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik beizutragen
- Förderung einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den baltischen Staaten und in der EU

Die in diesem Text veröffentlichten Meinungen spiegeln nicht die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Organisation für die der Autor arbeitet, wider.

ISBN 978-3-95861-958-6